WERNER ONKEN:

Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit

VERLAG FÜR SOZIALÖKONOMIE

WERNER ONKEN:

Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit

VERLAG FÜR
SOZIAL
ÖKONOMIE

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Onken, Werner:
Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit / Werner Onken. -
Lütjenburg : Gauke, Verl. für Sozialökonomie, 2000
ISBN 3-87998-445-X

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Werner Onken, Freiwirtschaftliche Bibliothek
Steenkamp 7, D-26316 Varel 2

Diese Publikation erscheint mit freundlicher Unterstützung
der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung (Hamburg)

© 2000 Verlag für Sozialökonomie
Gauke GmbH, Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg

Herstellung: Gauke I Schmidt & Klaunig

ISBN 3-87998-445-X

Übersicht

1	Die Ökonomie zwischen Krieg und Frieden	4
2	Die Militärökonomie als Forschungszweig der herrschenden Ökonomie	5
2.1	Liegt die Ursache von Gewalt und Krieg in der Natur des Menschen?	11
2.2	Rationalität oder Irrationalität von Rüstung und Krieg ?	12
2.3	Ethnische Wurzeln der Gewalt ?	14
2.4	Rüstung und Krieg als "Wachstumsfaktoren"	15
3	Die Friedensbewegung in der Zerreissprobe	20
4	Krieg und Frieden in den unorthodoxen ökonomischen Denkansätzen von Silvio Gesell	22
4.1	"Friedenswirtschaft" oder "bürgerlicher Wirtschaftskrieg"? – Gesells Kritik als der herrschenden Ökonomie	23
4.2	Gesells Umgang mit den Folgen des ersten Weltkriegs und seine außenpolitischen Vorstellungen	29
4.3	Berührungen mit der Friedensbewegung vor 1933 und nach 1945	34
5	Ausblick - Großes Ziel und kleine Schritte	41

"Kommt endlich einmal zu Verstand, nachdem Ihr allzu lange das Elend der Kriege ertragen habt. ...
Von nun an widmet Euch dem Studium des Friedens."
Erasmus von Rotterdam[1]

1 Die Ökonomie zwischen Krieg und Frieden

Am Ende des 19. Jahrhunderts gab Bertha von Suttner mit ihrem berühmt gewordenen Roman "Die Waffen nieder!" den Anstoß zur Entstehung einer internationalen Friedensbewegung. Dennoch kam es wenige Jahre später zum ersten Weltkrieg. Nach den Grauen dieses Krieges hieß es überall "Nie wieder Krieg!" Doch wieder gelang es nicht, einen weiteren großen Weltenbrand zu verhindern. Nach dem zweiten Weltkrieg erlebte die Welt entgegen allen Friedensbeteuerungen mehr als 200 weitere größere und kleinere Kriege, vorwiegend Antiregime-, Autonomie- und Sezessionskriege in Asien, Afrika, Lateinamerika und im Vorderen Orient.[2] Und nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen West und Ost ist der Krieg am Ende des blutigen 20. Jahrhunderts sogar noch wieder nach Europa zurückgekehrt.

Jahrzehntelang hat sich die internationale Friedensbewegung gegen Rüstungswettläufe und Kriege erhoben.[3] Neben kirchlichen und gewerkschaftlichen Friedensgruppen engagierten sich Ärzte, Naturwissenschaftler, Juristen, Sozialwissenschaftler, Politologen und sogar Sportler für den Frieden. Nur die Ökonomen standen – abgesehen von wenigen Ausnahmen wie Jörg Huffschmid[4] – abseits und verhielten sich in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik loyal gegenüber der Politik der Herrschenden. Ein kleiner Teil von ihnen ist zudem über den Forschungszweig der Militärökonomie unmittelbar in den 'Militärisch-Industriellen Komplex' (MIK) integriert, was im gesamten übrigen Forschungs- und Lehrbetrieb der Wirtschaftswissenschaften kaum wahrgenommen wird. Ebenso wenig Beachtung findet der in die "nationalökonomischen Unterwelten" (Keynes) verbannte alternativökonomische Denk-

---

1 Erasmus von Rotterdam, Die Klage des Friedens (übersetzt und herausgegeben von Brigitte Hannemann), München 1985, S. 96.

2 Thomas Rabehl, Krieg ist ein Phänomen vor allem der Dritten Welt geblieben, in: Das Parlament Nr. 37/1999, S. 4. – Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF Hamburg) und Thomas Rabehl (Hg.), Das Kriegsgeschehen 1998 – Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen 1999. – Andreas von Block-Schlesier, 50 Jahre Genfer Konventionen: Durch Menschlichkeit zum Frieden, in: Das Parlament Nr. 37/1999, S. 11.

3 Helmut Donat und Karl Holl (Hg.), Die Friedensbewegung: Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz, Düsseldorf 1983. – Stefan Appelius, Pazifismus in Westdeutschland – Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945–1968, 2 Bände Aachen 1991. – Andreas Buro, Totgesagte leben länger: Die Friedensbewegung – Von der Ost-West-Konfrontation zur zivilen Konfliktbearbeitung, Idstein 1997. – Kurt Tudyka, Was heißt Friedensforschung heute?, in: Sicherheit und Frieden Nr. 2/1997, S. 111–115. – Ulrike C. Wasmuht, Geschichte der deutschen Friedensforschung – Entwicklung, Selbstverständnis, Politischer Kontext, Münster 1998.

4 Jörg Huffschmid (Hg.), Rüstungs- oder Sozialstaat?, Köln 1981. – Ulrich Albrecht (Hg.), Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit?, Reinbek 1982. – Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1967. – Jörg Huffschmid, Werner Voss, Jörg Zdrowomyslaw, Neue Rüstung – neue Armut. Aufrüstungspläne in der BRD bis zum Jahr 2000, Köln 1986.

ansatz von Silvio Gesell, obwohl darin Überlegungen über den Einfluß der Wirtschaft auf Krieg und Frieden enthalten sind, die sich im Zusammenhang gegenwärtiger Problemlagen aktualisieren und weiterentwickeln ließen.

Nachdem ihr Leitbild "Frieden schaffen ohne Waffen" von der großen Politik als weltfremde Illusion behandelt wird und nachdem inzwischen selbst frühere Pazifisten keine Alternative zu 'humanitären Kriegen' mehr wissen, stehen die Friedensbewegung und die Friedensforschung vor einer Neuorientierung. Ihre ökonomische Alphabetisierung ist in diesem Zusammenhang um so dringlicher, als das Militär sich gegenwärtig von einem Instrument der Landesverteidigung zu einem Instrument des Flankenschutzes für globale Wirtschaftsinteressen wandelt.[5] Damit die Friedensbewegung und die Friedensforschung die ökonomischen Faktoren im komplizierten Geflecht von Kriegsursachen stärker ins Blickfeld bekommen, sollen sie nachfolgend auf jene Bereiche an den Rändern der Ökonomie aufmerksam gemacht werden, in denen es um die Probleme von Krieg und Frieden geht, also auf die Militärökonomie und auch auf die friedenspolitischen Überlegungen von Gesell.

2 Die Militärökonomie als Forschungszweig der herrschenden Ökonomie

Kaum ein Lebensbereich ist seiner Instrumentalisierung für militärische und kriegerische Zwecke entgangen. Der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt stand häufig im Dienste rüstungswirtschaftlicher Interessen oder er war sogar dessen Vorreiter. Kriegspsychologen hatten den Auftrag, die 'eigene' Bevölkerung und die 'Feinde' zu beeinflussen. Als Wehrmediziner versorgten Ärzte verwundete Soldaten und Zivilisten, als Militärseelsorger kümmerten sich Theologen um ihre seelischen Konflikte. Selbst die Musiker lieferten ihren Beitrag in Form von Marschmusik bei Militärparaden.

Angesichts dieser Durchdringung der Gesellschaft mit dem Militärischen ist es nicht verwunderlich, dass die Ökonomie hierbei keine Ausnahme bildet, sondern eine Schlüsselrolle spielt. Die finanzielle Ausstattung der Militärökonomie ist nur schwer überschaubar und dürfte weit über die äußerst bescheidenen Mittel hinausgehen, die für die Friedensforschung und zivile Konfliktlösung aufgewendet werden.[6]

Neben der Schaffung einer demokratischen Rechtsordnung und der Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört die Landesverteidigung schon seit dem Beginn der ökonomischen Theoriebildung unbestritten zu den klassischen Kernaufgaben des Staates. In Anbetracht der Tatsache, dass sich seit

5 Wolf-Dieter Eberwein und Karl Kaiser (Hg.), Deutschlands neue Außenpolitik, München 1998.

6 Jürgen-Bernd Runge, Relative Stille in der Friedensforschung, in: Das Parlament Nr. 10/1994, S. 17. – Ursula Rüssmann, Alternativen aus dem Hause Fischer, in: Publik-Forum Nr. 6/1999, S. 14–15. Rüssmann spricht von geplanten fünf Millionen DM für die zivilen Friedensdienste aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und von knapp 11 Mio. DM aus dem Haushalt des auswärtigen Amts für die OSZE.

den Tagen der Jäger-, Hirten- und Ackerbauvölker eine blutige Spur von Kriegen durch die griechisch-römische Antike und die mittelalterlichen Feudalgesellschaften bis in die Neuzeit zog, betrachtete bereits Adam Smith die "Kriegskunst (als) die edelste aller Künste." Ihm zufolge sei es der "Klugheit des Staates zu verdanken, dass aus dem Handwerk des Soldaten ein eigenständiger Beruf wurde." Und es sei die "Hauptaufgabe" des Staates, "das Land vor Gewalt und Angriffen anderer Staaten zu schützen." Smith stellte auch bereits Überlegungen zur Finanzierung von Kriegen an, und zwar nicht nur von Verteidigungskriegen, sondern auch von offensiven "Kriegen außer Landes. ... Die Erfindung von Feuerwaffen begünstigt den Fortbestand und die weitere Ausbreitung der Zivilisation." [7] Die Worte "weitere Ausbreitung" machen deutlich, dass es in den Zeiten der Kriege um eine innereuropäische Hegemonie nicht nur um den Schutz vor fremden Angriffen ging, sondern auch um die (kolonial-) imperialistische Expansion einzelner europäischer Länder.

Weder Adam Smith noch die ihm nachgefolgten Ökonomen der klassischen und neoklassischen Schulen stellten jemals die Frage nach den tieferen Ursachen der immer wiederkehrenden militärischen Konflikte zwischen Menschen und Völkern. Wie selbstverständlich gingen sie davon aus, dass Kriege zum Leben dazugehören. Selbst John Stuart Mill, der für die Lage der Arbeitenden im Laissez-faire-Kapitalismus sensibler war als seine Zeitgenossen und der die Erde mitsamt ihren Bodenschätzen als "Erbe des Menschengeschlechts" ansah und "Bestimmungen für ihre gemeinschaftliche Benutzung" forderte, betrachtete es als die Hauptaufgabe des Staates, Personen und Eigentum mit Polizei und Militär vor Übergriffen Dritter zu schützen.[8] Erst Thorstein Veblen unterschied 1899 in seiner Kritik der neoklassischen Ökonomie zwischen einem "friedlichen und dem räuberischen Kulturstadium", ohne allerdings einen Ausweg aus dem "aggressiven finanziellen Wettbewerb" der modernen "Geldkultur" zu weisen.[9] Nur John Maynard Keynes wollte mit seinen Vorschlägen zur Regelung der Reparationen nach dem ersten Weltkrieg, zur binnenwirtschaftlichen Stabilisierung und zur Neuordnung des Weltwährungssystems ausdrücklich auch den wirtschaftlichen Ursachen der Kriege entgegenwirken und den Frieden fördern.[10] Im übrigen verhielten sich die allermeisten Ökonomen gegenüber dem ihrer Ansicht nach "wirtschaftsexogenen", d.h. nicht zur Wirtschaft gehörenden Problembereich Krieg und

---

7 Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen (1776; neu herausgegeben von Horst Claus Recktenwald), München 1978, S. 587–591, 599–600 und 358 ff. – Vgl. auch Heinz Kurz, Adam Smith über Krieg und Frieden, in: Winfried Vogt (Hg.), Ökonomie und Gesellschaft – Jahrbuch 9, Frankfurt 1991, S. 101–137.

8 John Stuart Mill, Grundsätze der Politischen Ökonomie Band 2 (1871), Jena 1921, S. 457–462.

9 Thorstein Veblen, Theorie der feinen Leute (1899), Frankfurt 1986/97, S. 37–38, 209, 212, 227–228.

10 John Maynard Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, 1920. – Ders., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1935), Berlin 1936, S. 322–323. – Ders., Vorschläge für eine Internationale Clearing Union, in: Stefan Leber (Hg.), Wesen und Funktion des Geldes – Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozess, Stuttgart 1989, S. 323–349.

Frieden indifferent.[11] Ihre realitätsfernen Theorien und Modelle ignorierten die Friedlosigkeit der Welt; sie unterstellten einen gleichgewichtigen und damit – unausgesprochen – auch einen gewaltfreien und friedlichen Ausgleich der Einzelinteressen. Infolgedessen vermochte die Ökonomie die berühmte Forderung des Philosophen Immanuel Kant nach einem "ewigen Frieden" [12] gar nicht als einen auch an sie gerichteten Auftrag wahrzunehmen, an der Befriedung der Welt mitzuwirken.

Nur beiläufig und ganz unkritisch betrachteten die Finanzwissenschaften die innere und äußere Sicherheit noch wie Adam Smith als ein öffentliches Gut. Ohne näher nach den Ursachen der inneren und äußeren Unsicherheit zu fragen, ging es ihnen nur um die Frage, ob Rüstung und Krieg durch Steuern oder durch Kreditaufnahmen zu finanzieren sind.[13] Sowohl die Volks- als auch die Betriebswirtschaftslehre haben die Beschäftigung mit dem Problembereich Krieg und Frieden inzwischen aus ihren Blickfeldern ausgeblendet und sie an eine spezielle "Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte" delegiert: die sogenannte Militärökonomie. Dem zivilen Hochschulbereich gleichsam entrückt und von der Öffentlichkeit kaum beachtet ist die Militärökonomie an den beiden Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München sowie an einigen Bundeswehrakademien angesiedelt. Mit Sitz in Mannheim und einer Bibliothek in Koblenz gibt es eine "Gesellschaft für Militärökonomie". Führende Vertreter dieses Forschungszweigs sind neben einigen Generälen wie Günter Kiessling und Johannes Gerber u.a. die Professoren Günter Kirchhoff, der ein "Handbuch zur Ökonomie der Verteidigungspolitik" herausgegeben hat, und Oswald Hahn von der Universität Nürnberg-Erlangen, der die Militärökonomie in seinem Standardwerk "Militärbetriebslehre – Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte" systematisiert hat.[14]

Ausgehend von der Vorstellung, dass die Armee als "ältester Großbetrieb" sich am Rationalprinzip der gesamten Ökonomie orientieren müsse[15], beschäftigen sich die Militärökonomen hauptsächlich mit betriebswirtschaftlichen Fragen der militärischen Ausbildung der Führungskräfte und Untergebenen, der militärischen Personalwirtschaft (Wehrpflichtige, Freiwillige, Ausländer, Frauen und Zivilisten) und Besoldung, der militärischen Betriebsmittel (Produktionsstätten und mobiles Wehrmaterial) sowie der militärischen Leistungswirtschaft, ihrer Organisation und Finanzierung. In geringerem Maße geht es auch um volkswirtschaftliche Fragen der Armee als Wirtschaftsfaktor,

---

11 Josef Alois Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 209 – 210.

12 Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, 1795. Vgl. Ernst von Aster, Geschichte der Philosophie, Stuttgart 1975, S. 290.

13 In dem von Wilhelm Gerloff und Fritz Neumark herausgegebenen Handbuch der Finanzwissenschaften Band 4 beschäftigte sich Josef Berolzheimer noch mit den "Problemen internationaler Finanzvergleiche und der Verteidigungsausgaben". (Tübingen 2. Auflage 1965, S. 58 – 64). In den neueren Lehrbüchern der Finanzwissenschaften von Kolms, Zimmermann/Henke, Musgrave oder Brümmerhoff spielen militärökonomische Fragestellungen keine Rolle mehr.

14 Johannes Gerber, Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte, Regensburg 1978. – Günter Kirchhoff, Handbuch zur Ökonomie der Verteidigungspolitik, Regensburg 1987. – Oswald Hahn, Militärbetriebslehre – Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte, Berlin 1997.

also der Tragbarkeit militärischer Lasten, der 'Produktivität' militärischer Ausgaben und ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigung und den technischen Fortschritt. Die Militärökonomie kritisiert, dass die allgemeine Ökonomie in ihren Produktionsfunktionen nur die Arbeit, das Kapital und den technischen Fortschritt als Produktionsfaktoren ansieht und den Faktor Natur außer acht läßt. Diese "Ausklammerung der Natur" ist nach der Auffassung von Militärökonomen allerdings nicht etwa aus ökologischen Gründen "heute nicht mehr verantwortbar". Mehr noch als in der zivilen Produktion komme es beim Militär in der Vorbereitung auf den Ernstfall und im Ernstfall selbst darauf an, Rohstoffquellen und strategisch wichtige Verkehrswege zur Verfügung zu haben und jahreszeitlich bedingte Klimaverhältnisse zu berücksichtigen. Nicht wegen des Umweltschutzes – darum geht es bei Kampfeinsätzen am allerwenigsten –, müsse die Natur in die Produktionsfunktion einbezogen werden, sondern wegen des sicherheitspolitisch notwendigen Zugriffs auf Land, See und Luft als kriegsentscheidenden militärischen Operationsebenen.[16]

Mit alledem setzt die Militärökonomie eine Tradition des Denkens fort, die bereits mit den Auffassungen der antiken Feldherrn über soldatische Tugenden begann. Am Beginn der Neuzeit leitete Niccolo Machiavelli in seiner modernen Staatslehre die Rechtmäßigkeit des Herrschers von der Gewalt ab und er postulierte die Vereinigung von Staats- und Heeresleitung in einer Person.[17] Nach dem 30-jährigen Krieg formulierte der Philosoph Gottfried Wilhelm von Leibniz seine "Oeconomia militaria". Als Schüler des preußischen Heeresreformers General Scharnhorst legimierte Carl von Clausewitz im frühen 19. Jahrhundert den Krieg als Instrument der Politik und formte mit seinem Buch "Vom Kriege" maßgeblich das Bild vom "kriegerischen Genius", das zur Richtschnur des preußischen Soldatentums wurde. Für den Philosophen Georg F. W. Hegel waren heroische Feldherren wie Cäsar und Napoleon gleichsam Verkörperungen des Weltgeistes.[18] Diese Denkweise verband Karl Knies mit der älteren Historischen Schule der deutschen Nationalökonomie; die Historische Schule, die in manch anderer Hinsicht kritisch zum klassischen Liberalismus eingestellt war, ging in militärökonomischer Hinsicht mit der Klassik und Neoklassik durchaus konform.[19]

Während des ersten Weltkriegs entstand eine spezielle "Kriegswirtschaftslehre", die sich zwischen den beiden Weltkriegen zu einer "Wehr- bzw. Verteidigungswirtschaft" wandelte. Innerhalb der sogenannten "Friedenswirtschaft" der Weimarer Zeit sollte die Reichswehr auf wehrwissenschaftlicher

15 Oswald Hahn, Militärbetriebslehre (wie Anm. 14), S. 36 und 54–59.
16 Günter Kirchhoff, Artikel "Naturfaktoren", in: ders., Handbuch (wie Anm. 14), S. 609–615.
17 Niccolo Machiavelli, Mensch und Staat, Leipzig 1940. Vgl. Herfried Münkler, Staatsraison und politische Klugheitslehre, in: Iring Fetscher und Herfried Münkler, Pipers Handbuch der politischen Ideen Band 3, München 1985, S. 23 ff.
18 Lutz Köllner, Artikel "Militärische Elite", in: Günter Kirchhoff (Hg.), Handbuch (wie Anm. 14), S. 215.
19 15 D. F. Assmus, Karl Knies – ein früher Militärökonom. Bern, Stuttgart, Wien 1995.

Grundlage die äußere Sicherheit des damaligen Deutschen Reichs gewährleisten. Während der ersten Jahre der NS-Diktatur setzte eine massive Vorbereitung militärischer Expansionen ein, um Land für das "Volk ohne Raum" zu erobern. Daraufhin entstand mit dem Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg die angelsächsische "Economy of Defense".

In den Jahrzehnten des Kalten Kriegs, die auf die totale Indienststellung der Wirtschaft für Kriegszwecke durch den Nationalsozialismus folgten, entstanden in beiden nuklear gerüsteten Machtblöcken des kapitalistischen Westens und des kommunistischen Ostens Militärökonomien. Beide Seiten betonten ihre eigene Friedfertigkeit und unterstellten der jeweiligen anderen Seite Angriffsabsichten. Gestützt auf das Instrumentarium ihrer jeweiligen Militärökonomien sollten die NATO und der Warschauer Pakt sich gegenseitig abschrecken und für den Ernstfall eines dritten Weltkriegs die Verteidigung gegen feindliche Aggressionen ökonomisch sicherstellen. Die "marxistisch-leninistische Militärökonomik" sollte die wissenschaftlichen Grundlagen für die Verteidigung des Ostblocks gegen den Imperialismus der kapitalistischen Klassenfeinde liefern.[20] Umgekehrt erhielt die westliche Militärökonomie die Aufgabe, am Aufbau einer "Friedenswirtschaft mit integrierter Verteidigungswirtschaft" mitzuwirken, um Marktwirtschaft und Demokratie vor Angriffen des totalitär-planwirtschaftlichen Kommunismus zu schützen.[21]

Wären die Systeme des westlichen Kapitalismus und des östlichen Kommunismus tatsächlich so friedfertig (gewesen), wie sie in ihren Ideologien behaupte(te)n, so wären sie nicht mit solcher Grausamkeit aufeinandergeprallt wie in Korea und in Vietnam. Nicht ohne Grund fürchteten beide Seiten die potenzielle Gewaltbereitschaft des Gegners. Nach dem Niedergang des östlichen Kommunismus hätte im nunmehr 'osterweiterten' und von keinem realen Feind mehr bedrohten Westen das Zeitalter eines "ewigen Friedens" anbrechen können, wenn dem nicht die eigene innere Friedlosigkeit des Westens und seiner wirtschaftlichen Interessen entgegenstünde. Sie zeigte sich in der folgenschweren Neudefinition des Selbstverständnisses der NATO, die sich nicht mehr nur als Bündnis zur Verteidigung von Frieden, Sicherheit, Menschenrechten und demokratischer Rechtsstaatlichkeit innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten versteht, sondern auch als Garant westlicher Werte außer-

---

20 Wladimir I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1946, S. 105–106. – Zdenek Prohaska, Zur Frage des Gegenstands der Militärökonomik, in: ders., Die ökonomische Sicherstellung des modernen Krieges, Prag 1963. – Autorenkollektiv an der Friedrich-Engels-Militärakademie, Probleme der Militärökonomik, Ostberlin 1967. – Dass., Beiträge zur Militärökonomik, Ostberlin 1976. – Oswald Hahn, Die Militärökonomie im internationalen Vergleich, in: Karl-Ernst Schulz (Hg.), Militär und Ökonomie – Beiträge zu einem Symposium, Göttingen 1977, S. 34–35 und 40. – Ders., Militärökonomie 1990 in Zentraleuropa – Eine Bestandsaufnahme, Erlangen 1990.

21 Werner Gebauer, Artikel "Verteidigungswirtschaft", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Band 11, Göttingen 1961, S. 261. – Willi Boelcke, Artikel "Rüstungswirtschaft" Teil 1, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften Band 6, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1981, S. 503–512. – Walter Wittmann, Artikel "Rüstungswirtschaft" Teil 2, in: HdWW Band 6, S. 513 – 522. – Günter Kirchhoff, Artikel "Militärökonomie", in: ders., Handbuch (wie Anm. 14), S. 534–536.

halb ihrer Mitgliedstaaten.[22] Demgemäß kennt die Militärökonomie auch keine Bedenken gegen die sogenannten Out-of-area-Einsätze und auch nicht gegen eine deutsche Beteiligung an ihnen, sondern nur "Gründe für ... friedenserhaltende Blauhelmeinsätze und friedenerzwingende Kampfeinsätze" wie in Bosnien und im Kosovo.[23]

Die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" des deutschen Verteidigungsministers vom November 1992 definieren Deutschland neu als "kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen", die seit dem Ende des Kalten Krieges "kein existentiell bedrohter Frontstaat" mehr sei. Der westeuropäischen Integration stehe allerdings eine "Fragmentierung staatlicher Einheiten im Osten und Südosten des Kontinents" gegenüber und es wachse "die Wahrscheinlichkeit weniger bedrohlicher Konflikte im erweiterten geographischen Umfeld." Aufschlußreich ist der Absatz II 8(8) der Richtlinien, in dem die "sicherheitspolitische Zielsetzung" wie folgt definiert wird: "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung."[24] Als "unmittelbare Risiken" gelten die militärischen Potenziale und die politische Instabilität der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. Und zu den "mittelbaren Risiken" werden Migrationsbewegungen gezählt, die "auch militärische Dimensionen gewinnen können". Mittel- und längerfristig werden die mittelbaren Risiken größer als die unmittelbaren eingeschätzt[25], was auch ein Ausdruck der Tatsache sein dürfte, dass der Anteil der Nordamerikaner und Europäer an der Weltbevölkerung von derzeit einem Viertel auf ein Fünftel sinken wird. Im Jahr 2025 werden mit den USA und Japan nur noch zwei reiche Industrieländer unter den insgesamt 16 Ländern mit jeweils mehr als 100 Millionen Einwohnern sein.[26]

Unter dem Deckmantel der Menschenrechte und des Völkerrechts wird das Militär zunehmend zum Instrument der Durchsetzung westlicher Interessen in einer alles andere als gerechten Weltwirtschaftsordnung. Ob außerdem die Türkei als NATO-Mitgliedstaat die postulierten westlichen Werte achtet, ist angesichts ihres Umgangs mit den Kurden höchst zweifelhaft. Und im Kosovokrieg hat die NATO die UN als die eigentliche Hüterin des Weltfriedens und des Völkerrechts ausgeschaltet. Mit welchem 'Recht' hat sie gleichzeitig den militärischen Schutz der Menschenrechte in dem von Indonesien tyrannisierten Osttimor und in anderen Konfliktherden unterlassen?

---

22 Vgl. die in Anm. 5 genannte Publikation von Eberwein und Kaiser.
23 Oswald Hahn, Militärbetriebslehre (wie Anm. 14), S. 342–345.
24 Der Bundesminister der Verteidigung (Hg.), Verteidigungspolitische Richtlinien vom 26. 11. 1992, S. 5–11.
25 Wie Anm. 24, S. 12, 15–16.
26 Manfred Wöhlke, Konsequenzen des globalen Bevölkerungswachstums für die internationale Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 10/1999, S. 22.

2.1 Liegt die Wurzel von Gewalt und Krieg in der Natur des Menschen?

Bezeichnenderweise räumen die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" ein, dass "Ursachen von Risiken und Konflikten generell nicht durch den Einsatz militärischer Mittel behoben (werden können)." Die Anwendung von militärischer Gewalt soll lediglich Voraussetzungen für den Einsatz "nichtmilitärischer Instrumente einer ursachenorientierten Krisen- und Konfliktbewältigung" schaffen.[27] Die Ereignisse auf dem Balkan zeigen jedoch überdeutlich, dass sich mit Waffen weder Frieden noch Voraussetzungen für den Frieden schaffen lassen. Bomben sind keine treffsicheren Instrumente der Humanität, sondern ihr Einsatz verschlimmert das Geflecht aus Gewalt und Gegengewalt, Hass und Rache und verlängert den Weg zum Frieden.

Zugleich wird beim Einsatz von kriegerischer Gewalt ein zentrales Dilemma der Militärökonomie sichtbar, nämlich ihre völlig unzureichenden Vorstellungen über die tieferen Ursachen von Risiken und Konflikten. Einen Beitrag über die Konfliktforschung im "Handbuch zur Ökonomie der Verteidigungspolitik" leitet Michael Hofmann denn auch mit dem Eingeständnis ein, dass die Konfliktforschung über "keine durchgängige Theorie oder Gesetzesaussage" verfügt, sondern allenfalls über "normative deskriptive Aussagen oder mehr oder weniger unrepräsentativ verifizierte Arbeitshypothesen". Schließlich sei nicht die Suche nach Konfliktursachen, sondern die "Konfliktaustragung das eigentliche Unternehmensziel des Militärbetriebs." [28]

In Anlehnung an Sigmund Freuds Psychoanalyse bezeichnet Hofmann den "radikalen Gegensatz zwischen dem Lebenstrieb (Libido) und dem Todestrieb (Aggression)" als den "Urkonflikt" im menschlichen Dasein schlechthin. Innerhalb der Libido gebe es außerdem noch den Konflikt zwischen der Selbsterhaltung und der Arterhaltung bzw. zwischen der Ich- und der Objektliebe. Wenn es nicht gelinge, diesen "Urkonflikt" zwischen Lust- und Unlustempfindungen auf der Ebene des realitätsbewußten Ichs oder des moralischen Über-Ichs zu steuern, könne unbewältigtes Konfliktpotential aus der unbewußten Ebene des vom Lustprinzip gesteuerten Es hervorbrechen und gewaltsam-kriegerisch eskalieren. "Letztlich", so argumentiert Hofmann, "liegen alle Konflikte im Individuum, d.h. die Konfliktursache liegt im Menschen." Und ausdrücklich verwirft Hofmann weitergehende Versuche, Konflikte aus zwischenmenschlichen Sozialstrukturen und Herrschaftsverhältnissen abzuleiten. Solche Erklärungen "tragen letztlich nicht das Wesentliche zum Verständnis des eigentlichen Konfliktgeschehens bei." [29]

---

27 Wie Anm. 24, S. 26.

28 Michael Hofmann, Artikel "Konfliktforschung", in: Günter Kirchhoff, Handbuch (wie Anm. 14), S. 393. –

29 Michael Hofmann (wie Anm. 28), S. 395. – Etwas differenzierter, aber prinzipiell kaum anders als Hofmann argumentierte Alexander Mitscherlich in seinem Buch "Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität", Frankfurt 1969/1984. – Vgl. auch Horst Eberhard Richter, Zur Psychologie des Friedens, Reinbek 1982, S. 43–126.

Bei alledem übersieht Hofmann, dass es Aggressionen auch als Ausdrucksformen menschlicher Lebendigkeit gibt. Und er versäumt es ganz zu überprüfen, ob es den von Freud angenommenen Todestrieb als eine Wurzel von grausamen und tödlichen Formen des menschlichen Verhaltens wirklich gibt. Spätere Psychologen haben dies vielfach anders gesehen. In einer Kritik an Freud und Konrad Lorenz verwies zum Beispiel Arno Plack auf einen Kausalzusammenhang zwischen der Frustration von Lebensenergien einschließlich der Sexualität und aggressiven Gewalttätigkeiten; den "Aggressionstrieb" betrachtete er als einen "Mythos" und führte ihn auf eine "in unserer Kultur dominierende Triebunterdrückung" zurück, was ein Anlass sein könnte, nach überindividuellen, sozialstrukturellen Ursachen der Gewalt zu suchen.[30]

Eine entscheidende Schwäche des pessimistischen Menschenbildes der Militärökonomie ist es, dass sie die sowohl zum Guten als auch zum Bösen fähige Natur des Menschen zur alleinigen Wurzel gewaltsamer Konflikte erklärt. Damit unterstellt die Militärökonomie, dass Mord und Krieg gleichsam unausweichlich in das menschliche Leben 'einprogrammiert' sind und dass die 'Bestie' Mensch allein durch Androhung von Gegengewalt im Zaum gehalten werden könne. Sie verfängt sich damit im widersprüchlichen Dickicht von "Abschreckung als Primärziel und Kampfeinsatz als konsequentes Sekundärziel bei verfehlter Abschreckung" [31] und schließt von vornherein jede Möglichkeit einer zukünftigen Welt ohne Rüstung und ohne Krieg aus.

Im Gegensatz dazu würde der Ausblick auf einen "ewigen Frieden" (Kant) erst dann frei, wenn überindividuelle Sozial- und Herrschaftsstrukturen als jene Bereiche zwischen den menschlichen Individuen erkannt würden, die ihre Lebensentfaltung und gewaltfreie Konfliktregelung so sehr einengen, dass sie als Individuen und als Gesellschaft ihre innere Balance verlieren und dann nicht mehr anders als gewalttätig reagieren können. Ohne diesen Ausblick verharrt die Militärökonomie bislang in einer geradezu gespenstischen "Einigkeit über drei Punkte: 1. Kriege lohnen sich nicht. 2. Verteidigungsausgaben schaffen keine konsumfähigen Güter und sind somit unproduktiv. 3. Solange es aber Fakten gibt, die den Frieden bedrohen, ist Verteidigungsbereitschaft ein wirtschaftliches Gut." [32]

2.2 Rationalität oder Irrationalität von Rüstung und Krieg?

Die Militärökonomie nimmt für sich in Anspruch, dieses "wirtschaftliche Gut" äußere Sicherheit gemäß dem Rationalprinzip mit dem geringstmöglichen

30 Arno Plack und Mitarbeiter, Der Mythos vom Aggressionstrieb, Frankfurt 1974, S. 114–115.
31 Oswald Hahn, Militärbetriebslehre (wie Anm. 14), S. 48–49.
32 Oswald Hahn, Die Militärökonomie im internationalen Vergleich, in: Karl-Ernst Schulz, Militär und Ökonomie (wie Anm. 20), S. 37.

Aufwand an Produktionsfaktoren bereitzustellen, um der überwiegend zivilen Gesamtwirtschaft möglichst wenig "unproduktive" Kapazitäten zu entziehen. Es mag tatsächlich sein, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen des Wirtschaftens auch bei militärischen Einzelentscheidungen auf deren wirtschaftliche, technische und finanzielle Rationalität geachtet wird. Aber was einzelwirtschaftlich als 'rational' erscheint, ist gesamtwirtschaftlich gesehen geradezu irrational.

Nach Berechnungen von Willi Boelcke gab das NS-Regime in Deutschland mindestens 716 Milliarden Reichsmark für die Aufrüstung und die Führung des zweiten Weltkriegs aus. Auf einen etwa gleich großen Umfang belaufen sich die Kriegsfolgekosten (ohne die Langzeitfolgen der deutschen Teilung und Wiedervereinigung). Die Kriegskosten der USA bezifferte Boelcke mit 288 Milliarden Dollar. Über die Kriegskosten der anderen am zweiten Weltkrieg beteiligten Länder machte er keine Angaben.[33] In Anbetracht der gigantischen Kosten des zweiten Weltkriegs und des damit angerichteten unermesslichen menschlichen Leids sollte es sich nach dieser Katastrophe verbieten, im Zusammenhang mit militärischen Entscheidungen jemals wieder von Rationalität zu sprechen.

Auch nach dem Ende des zweiten Weltkriegs sind von den Großmächten, Mittelmächten und sog. Schurkenstaaten riesige Milliardenbeträge für Rüstungen und Kriege ausgegeben worden, während gleichzeitig große Teile der Menschheit an Hunger leiden. Für die Friedensforschung, für die zivile Konfliktlösung und für die soziale Stabilisierung von Krisengebieten war das Geld demgegenüber knapp oder es fehlte ganz. Von einer gesamtwirtschaftlichen Rationalität – das lateinische Wort "ratio" bedeutet "Vernunft" – kann mithin keine Rede sein.

Im Vietnamkrieg haben die USA – umgerechnet auf Preise von 1995 – 720 Milliarden Dollar aufgewendet, um den Kommunismus im Wettkampf der Systeme mit Napalmbomben und anderen grausamen Mitteln zu bekämpfen.[34] Stattdessen hätte der Kommunismus wirksam allein dadurch zurückgedrängt werden können, dass ihm der Großgrundbesitz und andere soziale Privilegien der vietnamesischen Oberschichten durch soziale Reformen als Nährboden entzogen worden wären.

Im ersten Golfkrieg zwischen Irak und Iran in den 1980er Jahren bezogen die Kriegsparteien Waffen und Munition legal oder illegal aus 42 Ländern der Welt. Zahlreiche Länder wie die USA und die UdSSR, England, Frankreich und China – die immerhin den Weltsicherheitsrat bilden ! –, die Bundesrepublik, die DDR und Italien belieferten sogar beide Seiten, die aufgrund ihrer Erdölreserven gleichermaßen zahlungskräftige Kunden waren. Und Zerstörungen

---

33 Willi Boelcke, Die Kosten von Hitlers Krieg, Paderborn 1985, S. 8.

34 Wolfgang Hoffmann, Offene Rechnungen, in: Die Zeit Nr. 17 vom 22. 4. 1999, S. 27. – Vgl. auch Marc Frey, Geschichte des Vietnamkriegs – Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, München 1998.

in der Größenordnung von mehr als 300 Milliarden Dollar schufen ein zusätzliches lukratives Feld für anlagesuchende Gelder.[35] Für das blutige Geschäft mit Waffen wurden 1987 weltweit 88 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Die Militärausgaben beliefen sich weltweit auf insgesamt 1,2 Billionen US-Dollar.[36] Der zweite Golfkrieg 1991, die sog. "Operation Wüstensturm", hat rund 102 Milliarden Dollar gekostet. Diese Summe und die Kosten des Wiederaufbaus waren nicht etwa der 'Preis' für die Durchsetzung der Menschenrechte in der Golfregion, sondern der Preis für den Zugang zu den dort (und in der angrenzenden Kaukasusregion) lagernden Erdölreserven, ohne die sich die Produktion des westlichen Wohlstands nicht aufrechterhalten ließe.[37]

2.3 Ethnische Wurzeln der Gewalt ?

Der Völkermord in Ruanda 1994 wurde vielfach auf Eigenschaften der Hutus und Tutsis wie ihre Stammessolidarität und ihre vermeintlich gewaltbereite emotionale Struktur zurückgeführt. Solche einzelne Ethnien diskriminierenden Erklärungsmuster entsprechen dem Menschenbild der Militärökonomie, das allein die menschliche Natur für solche grausamen Gewaltausbrüche verantwortlich macht. Sie sind gleichsam eine ethnisch-rassistische Variante dieses Menschenbildes und verstellen vollends den Blick auf sozialstrukturelle Ursachen von solchen sogenannten 'humanitären Katastrophen'.

Bei sich weiter vertiefender Kluft zwischen dem Reichtum im industrialisierten Norden und der Armut im 'unterentwickelten' Süden verfügen dem UN-Jahresbericht 1999 zufolge die drei reichsten Menschen der Erde über ein Vermögen, das größer ist als das gesamte Bruttoinlandsprodukt aller 35 am wenigsten entwickelten Länder mit ihren insgesamt 600 Millionen Einwohnern.[38] Ist es angesichts einer derartigen sozialen Schieflage der Welt verwunderlich, dass die Hungernden und Verelendenden in den ärmsten Ländern Afrikas und Asiens sich im verzweifelten Kampf um das bloße Überleben schließlich gegenseitig umbringen? Ruanda gehört zu den am hoffnungslosesten verschuldeten Ländern der Erde. Der IWF und die Weltbank verordneten dem Land eine der berüchtigten Strukturanpassungen – und zwar zu einer Zeit, als der Bürgerkrieg dort bereits begonnen hatte.[39]

---

35 Helmut Creutz, Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Berlin 4. Auflage 1997, S. 385–386, sowie ein dort zitierter Aufsatz aus der "Zeit" vom 18. 10. 1987 über den Wiederaufbau im Iran und Irak.

36 Dieter Lutz, Die NATO im Rüstungswettlauf mit sich selbst, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 4/1999, S. 399.

37 Wolfgang Hoffmann, Offene Rechnungen (wie Anm. 34). Oswald Hahn gibt die Kosten dieses Kriegs nur mit 58 Milliarden Dollar an. (Militärbetriebslehre, S. 347) – Christian Schmidt-Häuer, Kalter Krieg ums Öl, in: Fragen der Freiheit Nr. 239/1996, S. 6–21; Nachdruck aus der "Zeit" vom 16. 6. 1995.

38 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.), Bericht über die menschliche Entwicklung, Bonn 1999, S. 46.

39 Jürgen Kaiser, Die Schulden, die Bank und der Völkermord – Unbekannte Hintergründe der Katastrophe in Ruanda 1994, in: Versöhnung – Rundbrief des Versöhnungsbundes Nr. 1/1999, S. 5–7.

Angesichts solcher im allgemeinen wenig beachteten wirtschaftlichen Hintergründe von gewaltsamen Konflikten ist es verdienstvoll, wenn Ethnologen wie Georg Elwert sich gegen den "Irrglauben" wenden, "dass ein radikaler Gewaltausbruch besondere kulturelle Wurzeln braucht". Elwert verwies eindringlich auf ökonomische und nicht ethnische Konflikte, die in erster Linie hinter kriegerischen Auseinandersetzungen stehen. Anhand von Beispielen aus dem 19. und 20. Jahrhundert wies er nach, dass "die zivilisatorische Decke reisst und gewaltoffene Räume entstehen, wenn Menschen aus zivilen gewaltfreien Märkten ausgegrenzt werden." Wenn sie ihre oftmals schlecht bezahlte Arbeit und damit jeden materiellen und inneren Halt verlieren, wird es zur "Überlebensoption, zu Söldnern oder Marodeuren zu konvertieren". In fließend ineinander übergehenden Stufen breiten sich "Gewaltmärkte" aus, auf denen dann mehr oder weniger illegal, auf jeden Fall aber einzelwirtschaftlich 'rational' mit Lebensmitteln und sonstigen zivilen Gegenständen, mit Drogen, Waffen, Geiseln, Schutzgeldern und Begleitschutz sowie mit Sklavinnen und Sklaven gehandelt wird. Existentielle Unsicherheit und Angst schlagen um in Hass, das Denken verengt sich zu Freund-Feind-Begriffen und steigert sich zu Gewalt, Rache und Gegengewalt bis hin zu ethnischen Säuberungen.[40]

2.4 Rüstung und Krieg als "Wachstumsfaktoren"

Der Beitrag wirtschaftlicher und sozialer Strukturen zur Entfesselung menschlicher Gewalt ließ sich nicht nur in Ruanda oder anderen afrikanischen Ländern beobachten. Auch in dem von der jüngsten Asienkrise schwer getroffenen Indonesien und nicht zuletzt in Europa auf dem Balkan wurde der wirtschaftliche Niedergang zum Nährboden für die Ausbreitung von nationalistisch-totalitären Ideologien und von politischem Separatismus.

In der öffentlichen Meinung galt es seit längerem als sicher, dass Jugoslawien nach Titos Tod (1980) früher oder später aufgrund von historisch bedingten ethnischen und religiösen Spannungen auf dem Balkan zerfallen würde. Zur Zeit der Wende in Mittel- und Osteuropa war das Land in hohem Maße bei westlichen Gläubigern verschuldet. Infolge der geringen Produktivität der jugoslawischen Wirtschaft führte der Schuldendienst zu einer Hyperinflation von mehr als 1000 % im Jahr, die zu großen Rissen in der "zivilisatorischen Decke" (Georg Elwert) Jugoslawiens führte. Damit gingen hohe Zinssätze, sinkende Reallöhne, eine Zunahme der Massenarbeitslosigkeit und massive Kürzungen im sozialen Bereich einher.[41] Und womit unterstützte der

40 Georg Elwert, Nicht ethnische, sondern ökonomische Konflikte stehen hinter den Kriegen, in: Wolf Dombrowski, Festschrift für Lars Clausen, Opladen 1996; zitiert nach der Frankfurter Rundschau vom 30. 6. 1996, S. 20. – Francois Jean und Jean-Christophe Rufin (Hg.), Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg 1999.

41 Marjan Senjur, Aufbruch und Wegsuche in Jugoslawien, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 84. Folge (1990), S. 22–27.

Westen Jugoslawien nach der Wende in Mittel- und Osteuropa? Der kanadische Ökonom Michel Chossudowsky analysierte die wirtschaftlichen und strategischen Interessen, die das Verhalten des Westens leiteten. Im Januar 1990 erhielt Jugoslawien eine westliche 'Finanzhilfe' in Form von Umschuldungen, für die es sich im Gegenzug zu drastischen Wirtschaftsreformen verpflichtete: 1. Bislang für Ausgleichszahlungen zwischen den Teilrepubliken und autonomen Provinzen bestimmte Steuergelder wurden fortan für den Schuldendienst verwendet. Diese Abschaffung des innerjugoslawischen Finanzausgleichs trug zur Auflösung der Bundesstaatlichkeit bei und begünstigte die Abspaltung von Slowenien und Kroatien im Juni 1991 und den Prozess der weiteren politischen 'Balkanisierung'. 2. Im Zuge der Privatisierung der vergesellschafteten und von Arbeitern selbst verwalteten Betriebe sank deren industrielle Produktivität noch weiter ab, so dass Lohnzahlungen ausgesetzt werden mussten. Zudem verloren 600.000 von 2,7 Millionen jugoslawischen Arbeitern ihre Arbeitsplätze und wurden nicht von einem sozialen Netz aufgefangen. 3. Die Deregulierung des Außenhandels führte zu einer Flut von ausländischen Warenimporten, die die einheimische Produktion noch weiter destabilisierte.[42]

Chossudowsky sprach von einer "Kolonialisierung des Balkans" durch den Westen, die seinem Absturz in Bürgerkriege und ethnische Säuberungen vorausgegangen ist. Derselbe Westen, der noch immer glaubt, Frieden zuerst mit Waffen schaffen und dann mit 'Friedenstruppen' sichern zu können, war selbst maßgeblich an jener sozialen Zerrüttung des Balkans beteiligt, die den Aufstieg eines verbrecherischen, vom nationalistischen Wahn besessenen Diktators wie Milosevic überhaupt erst ermöglichte. Bosnien steht seit dem Ende des Krieges unter der militärischen Oberhoheit der NATO und de facto auch unter der politischen Oberhoheit der USA und der Europäischen Gemeinschaft – vertreten durch den Hochkommissar. Der Präsident der bosnischen Zentralbank wird gemäß der in Dayton ausgehandelten Verfassung vom IWF bestimmt. Und der Wiederaufbau Bosniens liegt in den Händen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London, welche von westlichen Investoren wie dem Ölkonzern Amoco mitbeeinflusst wird. "Kulturelle, ethnische und religiöse Spannungen werden als einzige Ursache der Krise dargestellt", schrieb Chossudowsky zu alledem, "doch in Wirklichkeit sind sie nur die Folge eines tiefer liegenden Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Auflösung."[43]

Mit der Begründung, die Kosovaren vor der Vertreibung und Ermordung durch die Serben schützen zu wollen, hat die NATO schließlich im Frühjahr 1999 ohne UN-Mandat und im Widerspruch zum Völkerrecht einen Bomben-

---

42 Michel Chossudowsky, Wie Jugoslawien zerstört worden ist (dt. von Marcus Hammerschmidt), in: Contraste Nr. 4/1999, S. 5-7.

43 Michel Chossudowsky (wie Anm. 42).

krieg gegen Rest-Jugoslawien geführt, zum Teil mit Bomben, deren Umhüllung abgereichertes Uran enthielt. Doch während Serbien in Trümmer zerfiel, ging das Morden im Kosovo unvermindert weiter. Nach einer Studie des britischen Wirtschaftsforschungsinstituts "Economist Intelligence Unit" ist Rest-Jugoslawien durch die Bombardements endgültig zum ärmsten Land Europas herabgesunken. Die Zerstörung von Produktionsstätten führte zu Einkommenseinbußen im Umfang von 60 Milliarden Dollar, was einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts um 40 % entspricht.[44] Unter Berufung auf die beiden Militärökonomen Jürgen Schnell und Gabriel Straub von der Münchener Bundeswehruniversität bezifferte der "Spiegel" die Kosten des Kosovo-Krieges auf 110–130 Millionen DM pro Tag bzw. auf rund 9 Milliarden DM für die insgesamt zehn Kriegswochen. Hinzu kommen rund 1,2 Milliarden DM für jugoslawische Militäreinsätze. Bei den Bombardements und Vertreibungen seien Vermögenswerte in Höhe von mehr als 25 Milliarden DM zerstört worden. Nicht beziffern lassen sich das unermessliche Leid der Menschen und die der Natur zugefügten Schäden. 1,7 Milliarden DM seien für humanitäre Hilfsmaßnahmen ausgegeben worden. Alles in allem schätzt der "Spiegel" die materiellen Gesamtschäden einschließlich der zynisch so genannten 'Kollateralschäden' auf rund 40 Milliarden DM. Weit höher werden die Kosten des Wiederaufbaus veranschlagt. Die Europäische Union und die Deutsche Bank gehen von 57 Milliarden Aufbauhilfen aus, zuzüglich der Ausgaben für humanitäre Hilfen und für die Stationierung der 'Friedenstruppen'.[45]

Mit nicht mehr zu überbietender Verachtung von Leben und Kultur verweist der "Spiegel" darauf, dass die massenhafte Vernichtung von Produktionsanlagen und Infrastruktur auf dem Balkan auch eine "erfreuliche Kehrseite" habe: "Beim Wiederaufbau werden vor allem westeuropäische Konsortien gefragt sein. Die Deutsche Bank sieht die Zerstörung von Kriegsgerät, Fabriken und Brücken deshalb schon als tendenziellen Wachstumsfaktor."[46] Der Hinweis auf diese "erfreuliche Kehrseite" der sinnlosen Zerstörungen weckt Zweifel daran, dass es bei den Kriegen auf dem Balkan und an anderen Orten wirklich nur um einen 'rationalen' Einsatz militärischer Mittel zum Schutz von Menschenrechten ging. Der Westen hätte jahrelang die Gelegenheit gehabt, im Interesse der Menschenrechte Jugoslawien mit dem nunmehr sinnlos zerstörten Volksvermögen (oder auch nur Teilen davon) wirtschaftlich zu stabilisieren, in allen seinen Teilen die demokratische Opposition gegen den aufkommenden totalitären Nationalismus zu stärken oder die UCK zu unterstützen, als sie die Kosovaren noch nicht gewaltsam gegen serbische

---

44 Zitiert nach der österreichischen Tageszeitung "Die Presse" vom 23. 8. 1999, S. 1.

45 Rüdiger Falksohn und Dietmar Hipp, Wer soll das bezahlen?, in: Der Spiegel Nr. 23/1999, S. 30–31.

46 Rüdiger Falksohn und Dietmar Hipp (wie Anm. 45). – Vgl. auch Klaus-Peter Schmid, Teurer Frieden, in: Die Zeit Nr. 25/1999, S. 18. – Kritische Anmerkungen zu den Ursachen, zur Durchführung und zu den Zielen des Kosovo-Krieges machte auch Ignacio Ramonet, der Redakteur der deutschsprachigen Ausgabe der Zeitung "Le monde diplomatique", am 11. 6. 1999 in seinem Artikel "Preisgabe der Souveränität".

Übergriffe schützen wollte. Der Balkan wäre dann womöglich nicht mit einem Meer von Blut und Tränen überschwemmt worden. Dem standen offensichtlich die Interessen des auf Wachstum eingestellten, weltweit nach maximalen Renditen jagenden Kapitals und strategische Interessen entgegen. Die massenhafte Vernichtung von Vermögen durch Rüstungsgüterproduktion, Krieg und Wiederaufbau hat nichts mit der von der Militärökonomie postulierten Rationalität zu tun – dafür aber um so mehr mit der Rentabilität des in den industrialisierten Zentren Nordamerikas und Europas konzentrierten Geld- und Sachkapitals, das nach immer neuen rentablen, d.h. zinsbringenden Anlagemöglichkeiten sucht. Aufgrund der allmählichen Sättigung der Märkte wird die Erschließung neuer Wachstumsfelder in den Industrieländern zunehmend schwieriger. Eine Form der Schaffung von rentablen Anlagemöglichkeiten für das sich durch Zins und Zinseszins exponentiell vermehrende Kapital ist die Zerstörung von bereits vorhandenen zivilen Gütern, zum Beispiel von Textilien durch einen schnellen Modewechsel und/oder von vermeintlich veralteten technischen Geräten durch einen rasanten Innovationswettlauf. In ähnlicher Weise wie dieser sowohl unwirtschaftliche als auch die Natur schädigende 'zivile' Krieg gegen die Natur entlasten auch militärische Vermögensvernichtungen den Kapitalmarkt vom Druck eines wachsenden Kapitalangebots auf das Zinsniveau. Beide Formen der Vernichtung menschlicher und natürlicher Ressourcen verhindern, dass Kapitalangebot und Kapitalnachfrage bei einem Gleichgewichtszins von nahe Null zum Ausgleich kommen und dass die bisherige kapitalistische Marktwirtschaft allmählich in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus übergehen kann, in der das Kapital den Märkten dient, statt sich von ihnen bedienen zu lassen.[47]

Wie sehr der Erhalt der kapitalistischen Marktwirtschaft mit ihren rentablen, aber alles andere als rationalen Kapitalverwertungsmöglichkeiten Vorrang vor den Menschenrechten, der Demokratie und dem Frieden hat, zeigen auch die von der Politik gesetzten militärischen Prioritäten gegenüber zivilen Notwendigkeiten. Der Jahresetat der UN entspricht dem NATO-Etat für 1,5 Tage, d.h. für die militärische Gewährleistung der äußeren Sicherheit wird 243 mal so viel Geld ausgegeben als für den zivilen Schutz von Menschen- und Völkerrechten![48] Die weltweite Vermögensvernichtung durch Militärausgaben ist zwar von 1,2 Billionen US-Dollar (1985) auf knapp 800 Milliarden US-Dollar (1997) gefallen. Und das rentabel-blutige Geschäft mit dem internationalen Waffenhandel ging in dieser Zeit von 88 auf 46 Milliarden US-Dollar zurück. Dies geht jedoch vor allem auf eine drastische Senkung

47 Näheres bei Margrit Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation, München 4. Auflage 1994. – Helmut Creutz, Das Geldsyndrom (wie Anm. 35). – Bernd Senf, Der Nebel um das Geld, Lütjenburg 1996. – Werner Onken, Der Zins als Angelpunkt von Wirtschaft und Moral – Gedanken zu Otmar Issings Einwänden gegen eine zinslose Wirtschaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 226/1994, S. 42–51.

48 Ellen Diederich, Kosovo und anderswo – Krieg ist gut für die Wirtschaft, Kundgebung beim Ostermarsch am 3. 4. 1999 in Oldenburg und Kassel, Oberhausen 1999, S. 3. (Erhältlich beim Internationalen Frauenfriedensarchiv Fasia Jansen, Lothringer Str. 64, 46045 Oberhausen)

der Militärhaushalte Russlands bzw der früheren Sowjetunion und der europäischen Nicht-NATO-Staaten zurück. "Die 16 NATO-Staaten zeichnen mit über 440 Milliarden für mehr als die Hälfte der von den knapp 200 Staaten dieser Welt getätigten Rüstungsausgaben (800 Milliarden Dollar) verantwortlich." Von den 440 NATO-Milliarden entfallen 270 Milliarden auf die USA und 173 Milliarden auf die übrigen NATO-Mitgliedstaaten.[49] Die US-Regierung plant zudem, die jährlichen Militärausgaben während des Zeitraums von 2000 bis 2005 auf 330 Milliarden Dollar zu steigern. Der deutsche Militäretat ist mit 45,3 Milliarden DM viermal so hoch wie die Ausgaben für Familie und Jugend (11 Milliarden) und dreimal so hoch wie die Ausgaben für Bildung und Forschung (14,6 Milliarden). Ein einzelner Tarnkappenbomber oder Tornado kostet 90 bzw. 50 Millionen DM, eine einzige Aufklärungsdrohne kostet 2,5 und eine Cruise Missile 1,8 Millionen DM.[50]

Es ist gewiß sehr schwierig, gesetzmäßige Zusammenhänge zwischen Rüstung und Krieg einerseits und dem System der kapitalistischen Marktwirtschaft andererseits empirisch zu beweisen, zumal das komplizierte Geflecht von Wachstums- und Zerstörungsprozessen auch Widersprüche in sich birgt.[51] Dennoch ist die tendenziell systemerhaltende Funktion militärischer und ziviler Kapitalvernichtungen nicht zu übersehen. Der englische Dichter George Bernhard Shaw hat sie bereits während des zweiten Weltkriegs erkannt: "Alle Kapitalisten, die ich kenne, hassen den Krieg genau so wie ich. Anzunehmen, dass einer von uns wohlüberlegt ein angezündetes Streichholz in ein Pulvermagazin schleudern würde, damit der Zinssatz um zwei oder drei Prozent steigt, stünde in krassestem Widerspruch zur Natur des Menschen und zu den nackten Tatsachen. ... Und trotzdem folgt auf zweieinhalb Prozent mit der gleichen Gewißheit Krieg, wie die Nacht auf den Tag folgt. Die Wahrheit ist, dass das Bedürfnis des Kapitals nach Tod und Zerstörung die Kraft der dem Menschen von Natur aus angeborenen Kampflust in Bewegung setzt." [52] Das System der kapitalistischen Wachstums- und Zerstörungsökonomie als Ganzes erhält sich selbst mit Hilfe massenhafter Vernichtung von Arbeit, Natur und Kapital; es bekommt so gegenwärtig die Chance, sich wie ein wuchernder Tumor über die ganze Erde auszubreiten und einen militärisch flankierten wirtschaftlichen Krieg um Rohstoffreserven und um rentable Standorte auf dem ganzen Globus zu führen.

Grotesk ist bei alledem, dass der Militärökonom Oswald Hahn den Wirtschaftswissenschaften vorhält, sie würden den Forschungsbereich der Militärökonomie aufgrund der "fehlenden Beziehung der meisten Fachvertreter zum

49 Dieter Lutz, Die NATO im Rüstungswettlauf mit sich selbst (wie Anm. 36).

50 Michael T. Klare, Kosovo und Clintons neue Militärdoktrin, in: Le monde diplomatique (deutschsprachige Ausgabe) vom 14. 5. 1999. – Hans Eichel, Die grundsätzliche Weichenstellung – Sparhaushalt 2000, in: Das Parlament Nr. 27/1999, S. 3. – Wolfgang Hoffmann, Offene Rechnungen (wie Anm. 34).

51 Vgl. Gerd Krell, Rüstung und Kapitalismus – Wirtschaftszyklen und Rüstungsausgaben in den USA 1945–1979, in: Philipp Sonntag (Hg.), Rüstung und Ökonomie, Frankfurt 1982, S. 134–142.

52 George Bernhard Shaw, Politik für Jedermann, Zürich 1948, S. 218–219.

Militär" nicht stark genug ausbauen.[53] Im Gegensatz dazu besteht der Fehler der Ökonomen eher darin, dass sie nicht kritisch wahrnehmen, was am Rand ihrer Zunft im Bereich der Militärökonomie vor sich geht, und dass sie dem sich globalisierenden Kapital mit dem sogenannten Neoliberalismus die wissenschaftliche Legitimation für seine weltweite Herrschaft erteilen.

3 Die Friedensbewegung in der Zerreissprobe

An der Realität des entfesselten Wahnsinns von Vergewaltigungen, Massakern, Vertreibungen und ethnischen Säuberungen in Kriegsgebieten sind im Laufe der 1990er Jahre viele pazifistische Ideale zerschellt. Innerlich tief zerrissen zwischen dem Wunsch nach einem gewaltfreien Weg zum Frieden und dem unerträglichen Anblick des Grauens wussten selbst ehemals friedensbewegte Intellektuelle wie Hans Magnus Enzensberger oder Jürgen Habermas keine Alternative mehr zum NATO-Bombardement gegen Serbien und billigten den Krieg als 'legitimierte Nothilfe' für die Kosovaren. Ohne die tragische Ausweglosigkeit dieser Lage und die Möglichkeit unterschiedlicher oder gar widersprüchlicher Reaktionen auf sie zu verkennen, bleibt dennoch sehr fraglich, ob es wirklich einen 'humanitären Krieg' geben kann. Müssen die zur Erreichung des Friedens eingesetzten Mittel nicht auch dem Ziel des Friedens selbst entsprechen?

Abgesehen von der Absurdität der Vorstellung, dass alle gewaltsamen Konflikte in Kolumbien, Sierra Leone, Nordirland, Indien/Pakistan oder Osttimor wie im Kosovo mit NATO-Bomben und 'Friedenstruppen' gelöst werden könnten, hat der Kosovo-Krieg die historische Erfahrung bestätigt, dass Gewalt immer Gegengewalt erzeugt und das Unheil noch vergrößert. Das Kriegsziel, die 'humanitäre Katastrophe' im Kosovo zu verhüten, wurde eindeutig verfehlt. Und obgleich inzwischen die meisten geflüchteten oder vertriebenen Kosovaren zurückkehren konnten, bleibt die Frage: Was ist das für ein 'Frieden', bei dem 'Friedenstruppen' auf Jahre und vielleicht Jahrzehnte hinaus die verfeindeten Serben und Kosovaren voneinander trennen und vor neuen Gewaltausbrüchen schützen müssen? Hinzu kommt noch die Gefahr, dass sich der Kosovo-Krieg als ein Schritt auf dem Weg der "Erosion fundamentaler Prinzipien von Recht und Moral in der internationalen Politik" erweist. Der Rechtsphilosoph und Strafrechtler Reinhard Merkel warnte davor, dass dieser Weg – wenn keine Umkehr erfolgt – direkt zum Faustrecht des Stärkeren zurückführt.[54] Russland folgte dem NATO-Beispiel in Tschetschenien bereits mit unerbittlicher Grausamkeit.

---

53 Oswald Hahn, Militärbetriebslehre (wie Anm. 14), S. 36.

54 Reinhard Merkel, Das Elend der Beschützten – Der NATO-Angriff ist illegal und moralisch verwerflich, in: Die Zeit Nr. 20/1999, S. 10. – Wolfgang Sovsky, Traktat über die Gewalt, Frankfurt 1997. Ders., Die Ordnung des Terrors, Frankfurt 1998.

Die Auseinandersetzungen um die Legalität oder Illegalität und um die Moralität oder Immoralität des NATO-Angriffs auf Serbien fanden jenseits jener Schwelle statt, hinter des es kein Gut und Böse mehr gibt, sondern nur noch tragische Verwicklungen, denen niemand mehr schuldlos entkommen kann. Wenn die "Decken der Zivilisation" (Georg Elwert) erst einmal so weit aufgerissen sind wie seit dem Ende der 1980er Jahre auf dem Balkan, gibt es keinen eindeutig richtigen oder falschen Ausweg mehr aus dem Konflikt, weder für die Menschen in den Kriegsgebieten noch für die Weltöffentlichkeit. Nach dieser Katastrophe kann die Friedensbewegung die Politik, das Militär, die Ökonomie und auch sich selbst nur noch zur Umkehr aufrufen – zur Umkehr an einen Ort diesseits der Schwelle, wo allein die Chance besteht, die Zivilisation wieder aufzurichten auf den Grundlagen von Recht und Moral, die zusammen mit der Gerechtigkeit eine unteilbare Einheit bilden.

Für diese Umkehr hat der vom Balkankrieg selbst betroffene slowenische Philosoph Slavoj Zizek einen ersten Wegweiser für die Politik, das Militär und die Friedensbewegung aufgestellt. Zizek wendet sich gegen eine Schwarz-Weiss-Malerei in Form einer Gegenüberstellung von zusammenhanglos nebeneinander existierendem Guten und Bösen. Mit der 'guten' westlichen Wertegemeinschaft geht ihm zufolge auch eine "schattige Welt des internationalen Kapitals" einher, die – wie die Auseinandersetzungen um das MAI-Abkommen gezeigt haben – selbst die Menschenrechte und die Demokratie aushöhlt und obendrein noch mit der NATO als ihrem "bewaffneten Arm" unter Hinweis auf die Menschenrechte die Souveränität von Nationalstaaten missachtet. Solange das Licht der westlichen Werte vom Schatten der eigenen Kapitalinteressen verdunkelt wird, macht der Westen seine Werte selbst unglaubwürdig. Er selbst ruft in den von seinem Kapital ausgebeuteten Ländern fundamentalistische und nationalistische Gegenbewegungen hervor; er selbst schafft den Nährboden für die Entstehung totalitärer politischer Strukturen: "Wenn der Westen Milosevic bekämpft", schreibt Zizek deshalb, "bekämpft er nicht seinen Feind – er bekämpft vielmehr seine eigene Kreatur, ein Monster, das aus den Kompromissen und Inkonsistenzen der westlichen Politik selbst erwachsen ist." Demnach wäre das Milosevic-Regime kein Gegensatz zur neuen Weltordnung des Westens, sondern deren eigenes Produkt und Bestandteil, der die verborgene Unwahrhaftigkeit des Westens ans Tageslicht bringt.[55]

Unzureichend sind lediglich Zizeks Gegenvorschläge. Er fordert "transnationale politische Institutionen", die stark genug sind, gegen die unumschränkte Herrschaft des Kapitals Widerstand zu leisten.[56] Institutionen wie die UN und die OSZE sind zweifellos ebenso notwendig wie eine Stärkung der Nationalstaaten gegenüber dem internationalen Kapital. Aber sie allein wer-

55 Slavoj Zizek, Die doppelte Erpressung, in: Die Zeit Nr. 14/1999, S. 39–40.
56 Slavoj Zizek (wie Anm. 55).

den nicht die unumschränkte Herrschaft des Kapitals bändigen können. Zusätzlich zur Stärkung der politischen Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene müssen die dem Geldkapital selbst innewohnenden ökonomischen Antriebskräfte für sein grenzenloses Wachstum gebändigt werden, bevor seine exponentielle Vermehrung durch Zins und Zinseszins das Leben auf der Erde vollends wie ein riesiger Tumor überwuchert.

Um nicht selbst ganz und gar von der letztlich tödlichen Spirale der wirtschaftlichen und militärischen Kriege des Geldkapitals gegen Mensch und Natur erfasst zu werden, müssten sich die Friedensbewegung und die Friedensforschung mehr als bisher den ökonomischen Ursachen von Rüstung und Kriegen zuwenden und sodann ökonomische Grundlagen für die Verwirklichung ihres Traums vom 'Frieden schaffen ohne Waffen' entwickeln. Wichtig ist dabei die Bereitschaft zum Verzicht auf jedwede Personalisierung des Bösen und auf antiserbische, antiamerikanische oder sonstige Feindbilder. In erster Linie sind es die friedlosen wirtschaftlichen und politischen Strukturen, die einer Reform bedürfen, denn in diesen Strukturen der globalen Kapitalherrschaft sind nicht nur ihre Opfer in allen Teilen der Welt gefangen, sondern auch die Täter: Konzernchefs, demokratische Politiker und Militärs ebenso wie totalitäre Despoten und ihre jeweiligen Handlanger und Mitwisser. Und sehr viele von ihnen sind zugleich Mittäter und Opfer. Im Interesse eines zukünftigen Friedens auf Erden zwischen Serben und Kosovaren, Juden und Arabern, Türken und Kurden, Indern und Pakistanis und anderen Menschen und Völkern ist es deshalb eine bedeutsame Aufgabe der Friedensbewegung und der Friedensforschung, an der Vorbereitung ökonomischer Strukturen einer freiheitlichen, gerechten und friedlichen Marktwirtschaft ohne strukturelle Gewalt mitzuwirken, welche den westlichen Werten entspricht, statt sie kapitalistisch zu verfälschen. Ein sich daraus entwickelnder 'in-of-area-Einsatz' des Westens im Sinne einer gewaltfreien Reform seiner sozialen Strukturen könnte die Menschenrechte weltweit sehr viel glaubwürdiger und wirksamer schützen als militärische 'out-of-area-Einsätze' in einem sinnlosen "Kampf der Kulturen" (Samuel Huntington), der sich auf Kinoleinwänden bereits zu einem "Krieg der Sterne" auswächst.

4 Krieg und Frieden in den unorthodoxen ökonomischen Denkansätzen von Silvio Gesell

Wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg schrieb der Theologe Karl Barth einmal: "Wo nicht der Mensch, sondern das zinstragende Kapital der Gegenstand ist, dessen Erhaltung und Mehrung der Sinn und das Ziel der politischen Ordnung ist, da ist der Automatismus schon im Gang, der eines Tages die Menschen zum Töten und Getötetwerden auf die Jagd schicken wird." [57]

57 Karl Barth, Die Kirchliche Dogmatik Band III/4, Zürich 1951, S. 525.

Auch wenn genau genommen nicht von einem "Automatismus" gesprochen werden kann, so erinnerte Barth damit dennoch an das Jahrtausende alte biblische Wissen um einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen sozialer Ungerechtigkeit und Unfrieden bzw. zwischen sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit. (Jesaja 32.17 und Ps. 85.11)

Am Rande bzw. außerhalb der Ökonomie gibt es seit Jahrzehnten den weitgehend aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängten Denkansatz einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" von Silvio Gesell, in dem es hauptsächlich darum geht, durch strukturelle Reformen des Geldwesens und des Bodenrechts den Menschen anstelle des zinstragenden Geldkapitals wieder in den Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik zu rücken. Dieser Denkansatz enthält auch bereits ausdrücklich friedenspolitische Ziele und verdient deshalb die Aufmerksamkeit der Friedensforschung und der Friedensbewegung, zumal es bereits Berührungen Gesells und seiner Nachfolger mit der Friedensbewegung gab.

4.1 "Friedenswirtschaft" oder "bürgerlicher Wirtschaftskrieg"? – Gesells Kritik an der herrschenden Ökonomie

In seinen 1891/92 in Argentinien erschienenen Frühschriften wollte Gesell zunächst nur zeigen, dass es als Voraussetzung für die Verwirklichung bürgerlicher Freiheitsrechte in einem Rechtsstaat notwendig ist, die von der herrschenden klassisch-neoklassischen Ökonomie ignorierte "soziale Krankheit" des Gegensatzes zwischen Reichtum und Armut auf eine freiheitliche, nicht kommunistische Weise zu überwinden. Er wollte das bislang zinstragende Geld mit Hilfe sogenannter "rostender Banknoten" so reformieren, dass das Zinsniveau gegen Null absinkt und das Geld dabei vom Despoten der Märkte zu ihrem neutralen Diener wird.[58]

Der tiefere Zusammenhang zwischen der "sozialen Krankheit" der Gesellschaft und ihrer Friedlosigkeit wurde Gesell erst um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert durch die Begegnung mit dem Werk des nordamerikanischen Bodenreformers Henry George bewusst. Daraufhin hob er erstmals 1904 in einem Aufsatz "Krieg und Bodenmonopol" die entscheidende Bedeutung des Verhältnisses der Menschen zur Erde und ihren Schätzen für ihr friedliches oder kriegerisches Zusammenleben hervor. Gesell betrachtete die Erde mit allen ihren Schätzen als die "Plazenta des Menschengeschlechts" und als ein "Organ jedes einzelnen Menschen".[59] Keinem einzigen der von der Erde ge-

58 Silvio Gesell, Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat, in: ders., Gesammelte Werke in 18 Bänden, Lütjenburg 1988–1997 (bei nachfolgenden Quellenangaben als SGW abgekürzt), Band 1, S. 50–56. Ders., Nervus rerum, in: ebenda, S. 122. Näheres dazu mit aktuellen Bezügen siehe die in Anm. 47 genannten Veröffentlichungen von Kennedy, Creutz und Senf.

59 Krieg und Bodenmonopol, in: SGW Band 3, S. 322. – Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, in: SGW 4, S. 81.

nommenen und wieder zu Erde werdenden Menschen dürfe die Verbindung mit der "Mutter Erde" durch private Eigentumsrechte eingeengt oder gar ganz abgeschnitten werden. Es sei ein "Elementarbedürfnis des Menschen", unbehindert mit Menschen aus allen Ländern der Erde zu verkehren und Handel zu treiben. Die ganze Erde betrachtete Gesell im Gegensatz zur herrschenden Ökonomie nicht als eine Handelsware oder als ein Spekulationsobjekt, sondern als ein einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet, das der ganzen Menschheit als unveräußerlicher Gemeinbesitz gegeben sei: "Den Schwarzen, Roten, Gelben und Weissen – allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt." [60]

Sobald es jedoch beim Zutritt zum Boden und seinen Schätzen privateigentumsrechtliche Privilegien gibt, wird die Menschheit existentiell entwurzelt und als Gemeinschaft aufgelöst. Anstelle der Ebenbürtigkeit aller Menschen stehen sich nunmehr feudale und kapitalistische Oberschichten und mittlere sowie untere Schichten von Sklaven, Leibeigenen und Proletariern gegenüber. Die Privilegien treffen die Menschen – sowohl die Privilegierten als auch die Enterbten – im innersten Kern ihrer Würde. Sie schaffen Unrechtsstrukturen für das menschliche Zusammenleben (und für den Umgang mit der Natur) und verletzen die menschliche Integrität so sehr, dass sich die im Menschen vorhandenen, aber gleichsam von einer materiell-seelisch-geistigen Balance kontrollierbaren Aggressionen zu Gewalt, Raub, Mord und Krieg steigern. Nicht die Unterschiede ihrer Religionen, Kulturen und Hautfarben trennen die Menschen voneinander und machen sie gegenseitig zu Feinden, sondern die strukturell ungleich verteilten Zugangsmöglichkeiten zum Boden und seinen Schätzen. Diese auf Gewalt beruhende und weitere Gewalt erzeugende Ungleichverteilung der Lebenschancen wird im Inneren mit den Mitteln des gebeugten Rechts und der staatlichen Gewalt institutionell gesichert. Und nach außen führt sie zu gewaltsamen Konflikten mit benachbarten 'Feinden', zum Drang nach imperialistischen Eroberungen und zur Verteidigung durch Grenzen, Zölle und Rüstungen. "Die politische Weltkarte sieht heute aus wie ein Bettlerrock, geflickt und zerfetzt; neue Grenzzäune erheben sich alle Tage, und eifersüchtiger denn je bewacht jeder seine von den Vätern ererbte Bettelsuppe." [61]

In bewusster Absicht, zum Frieden in der Welt beizutragen, ergab sich für Gesell aus diesen Überlegungen die Forderung, die Bodenoberflächen in nationalstaatliches Eigentum und die Bodenschätze in ein internationales Eigentum zu überführen und sodann deren private Nutzung gegen eine Gebühr zu organisieren. Während Henry George das private Bodeneigentum bestehen lassen

---

60 Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, in: SGW Band 4, S. 99. Zur Betrachtung der Erde als Gemeineigentum und "Mutter Erde" vgl. SGW Band 10, S. 131 und 300 sowie Band 16, S. 119.

61 Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, in: SGW Band 4, S. 75. – Über den Zusammenhang von Bodenprivilegien, Grenzen, Zöllen und Imperialismus vgl. auch SGW Band 15, S. 56.

und nur die Bodenrente besteuern wollte (Single-tax [62]), stellte sich Gesell vor, dass der Staat mit den Einnahmen aus der Vergabe von privaten Nutzungsrechten am gemeineigenen Boden eine soziale Sicherung von nicht erwerbstätigen Frauen und Kindern finanzieren könnte. Bevor er kurz vor dem ersten Weltkrieg auf den Gedanken kam, in dieser Weise die Boden- und die Frauenfrage miteinander zu verknüpfen, erwog Gesell 1906 kurzzeitig, die Bodenrenten in eine "internationale Weltkasse" zu leiten, um sie für einen Ausgleich zwischen den rohstoffreichen und -ärmeren Gegenden der Erde einzusetzen, zum Beispiel für "Bodenmeliorationen großen Stils, Berieselung von Wüsten, Kanalisierung von Landengen, Aufforstung der Gebirge usw." [63] Diesen Gedanken verlor Gesell leider aus den Augen. Vielleicht ließe er sich in der Weise wieder aufnehmen, dass die Einnahmen aus der Vergabe von Nutzungsrechten an den Bodenoberflächen der sozialen Sicherung von Müttern oder nicht erwerbstätigen Vätern und Kindern vorbehalten bleiben, während die Einnahmen aus der Vergabe von Nutzungsrechten an Rohstoffen und an der Atmosphäre für einen Nord-Süd-Ausgleich und für ökologische Zwecke verwendet werden.[64]

Dass die Ursachen von Kriegen nicht nur mit den Privilegien des privaten Bodeneigentums und der privaten Bodenrente zusammenhängen, sondern auch noch mit den "organischen Fehlern des Geldwesens", wurde Gesell erst allmählich deutlicher. In einem 1912 erschienen Aufsatz "Geld oder Krieg" machte er auf den Einfluss des Geldwesens auf das Auf und Ab der Kulturen und Weltreiche in der Geschichte aufmerksam. Wenn der Absturz der Zivilisation in eine erneute Barbarei von Bürger- und Völkerkrieg verhindert werden solle, müsse der "Kapitalismus ohne Kommunismus auf freiheitliche, die Persönlichkeit rettende Weise überwunden werden". Das "herkömmliche Geld" verglich Gesell mit einer "schadhaften Leiter": "Je höher wir steigen, um so tiefer stürzen wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen. Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zurückführt. ... Wer es vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen, statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen, der trachte

---

62 Henry George, Fortschritt und Armut (1879), Düsseldorf 1959. – Die Beiträge von Werner Onken, Eckhard Behrens und Fritz Andres zu einer Tagung anlässlich des 100. Todestages von Henry George in Boll erschienen in der Schriftenreihe "Fragen der Freiheit" Nr. 245/1997. In dieser Schriftenreihe werden fortlaufend Beiträge zur Bodenrechtsproblematik veröffentlicht. (Badstr. 35, 73087 Boll)

63 Zur Verbindung der Boden- und Frauenfrage bei Gesell vgl. Werner Onken, Umrisse einer weiblichen und männlichen Ökonomie, Lütjenburg 1998. – Die Überlegung, die Bodenrenten für weltweite Naturschutzmaßnahmen zu verwenden, findet sich in Gesells Buch "Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag", in: SGW Band 4, S. 78–79. Zur Internationalisierung der Bodenschätze äußerte sich Gesell in den 20er Jahren häufiger, z.B. in SGW Band 10, S. 300; Band 13, S. 92–94 und S. 145–147. Vgl. auch den Nachdruck von Gesells Aufsatz "Freikohle – Die Formel für den Frieden in Oberschlesien, in: Fragen der Freiheit Nr. 239/1996, S. 22–23.

64 Eckhard Grimmel, Geowissenschaftliche Grundlagen eines umweltverträglichen Rohstoffrechts, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 109. Folge (1996), S. 3–14. – Eckhard Behrens, Ökologische Rohstoffwirtschaft – Eine ordnungspolitische Studie, in: Fragen der Freiheit Nr. 222/1993, S. 56–62. – Fritz Andres, Zur Nutzung des Bodens, der Bodenschätze und der Umwelt, in: Fragen der Freiheit Nr. 232-233/1995, S. 3–10.

danach, die 'unbegrenzten Möglichkeiten', die in der Arbeitsteilung liegen, dadurch der Menschheit und der Friedensidee dienstbar zu machen, dass er für diese Arbeitsteilung ein zweckentsprechendes Geldwesen schafft." [65]

Kurz vor dem ersten Weltkrieg kritisierte Gesell den "blinden Gehorsam" gegenüber der militaristisch-patriotischen Ideologie und die sozialdarwinistische Verherrlichung des Krieges als naturgegebenes oder gottgewolltes Mittel zur Ertüchtigung des Volkes: "In der Natur gibt es keine Kriege zwischen Artgenossen. ... Vom Kriege kann man nur die Degeneration der Art erwarten."[66] Im Gegensatz zu dieser deutlichen Ablehnung von Kriegen protestierte Gesell 1914 aber nicht gegen die Bewilligung der Kriegskredite im Deutschen Reichstag (an der die Sozialdemokratie damals zerbrach), sondern er forderte lediglich zinslose Kriegskredite, damit sich am Krieg niemand bereichern könne.[67] Wenig später besann er sich jedoch auf seine prinzipielle Ablehnung des Krieges und forderte eine "aktive Friedenspolitik": 1. Die auswärtigen Ämter der verfeindeten Kriegsparteien sollten dem Haager Friedensbüro unterstellt werden. 2. Als sprachlich und kulturell neutrales Mittel der Völkerverständigung sollte die Hilfssprache Esperanto verbreitet werden. 3. Aus dem Militäretat sollten finanzielle Mittel in den Bildungsetat umgeschichtet und für die Aufklärung der Bevölkerung über wirtschaftliche Ursachen von Kriegen verwendet werden. 4. Die leistungslosen Einkommen aus der Bodenrente und dem Zins, die die Menschen und Völker spalten und sie in Bürger- und Völkerkriege stürzen, sollten durch eine Reform des Bodenrechts und des Geldwesens überwunden werden. Und 5. sollte als Ergänzung zu den Menschenrechten ein Weltbürgerrecht anstelle des Völkerrechts proklamiert werden. Im Gegensatz zum Völkerrecht, das die Hoheitsrechte von kapitalistischen Machtstaaten zur Ziehung von Grenzen und zur Erhebung von Zöllen sichere, sollte ein Weltbürgerrecht einen von jeglichen Privilegien freien Welthandel und eine unbeschränkte Freizügigkeit für Menschen und Güter gewährleisten.[68] Offen blieb allerdings, wer Träger und Garant eines solchen Weltbürgerrechts werden sollte.

Als die Zeitschrift "Der Physiokrat", in der Gesell seine Aufsätze veröffentlichte, von der Kriegszensur verboten wurde, siedelte er 1916 in die Schweiz über. Dort systematisierte er seine Gedanken über den Einfluss der Wirtschaft auf Krieg und Frieden in zwei Vorträgen, die später auch in sein

---

65 Geld oder Krieg, in: SGW Band 7, S. 166–170.

66 Die Auslese durch das Christentum, den Krieg und den physiokratischen Frieden, in: SGW Band 7, S. 205–210. Nach Auffassung von Gesell verfälschen der Kapitalismus und die Kriege die natürliche Auslese auf unterschiedliche Weisen. Gleichwohl finden sich in diesem Aufsatz und an anderen Stellen darwinistische Formulierungen, die der kritischen Aufarbeitung bedürfen.

67 Zinsfreie Kriegsanleihen – Kriegsflugblatt Nr. 2, in: SGW Band 8, S. 144–153.

68 Physiokratische Friedensdiktate zum freundlichen Gebrauch für den Sieger, wer immer er auch sei, in: SGW Band 8, S. 185–195. Zur Esperantosprache vgl. nochmals SGW Band 15, S. 104. – Die Individualität des Menschen bedeutete Gesell mehr als seine Zugehörigkeit zur Masse, zu einer Nation oder zu einem Volk; vgl. dazu die (in mehrfacher Hinsicht auch sehr problematische) Spätschrift "Der abgebaute Staat", in: SGW 16, S. 315.

Hauptwerk "Die Natürliche Wirtschaftsordnung" eingearbeitet wurden. Die Realität in den kapitalistischen Marktwirtschaften, die die neoklassische Ökonomie nach jedem Krieg sogleich fälschlicherweise als "Friedenswirtschaft" bezeichnet, betrachtete Gesell nicht als einen friedlichen Wettbewerb auf der Grundlage gerecht verteilter Lebenschancen, sondern als einen monopolistisch verzerrten "bürgerlichen Wirtschaftskrieg" aller gegen alle, "der seit 3000 Jahren ununterbrochen tobt" und von Zeit zu Zeit immer wieder auch dazu führt, dass die strukturelle Gewalt in Formen der blutigen Gewalt übergeht. Deren tiefere Ursachen liegen Gesell zufolge nicht in der Unterschiedlichkeit der Hautfarben, Sprachen und Religionen und auch nicht in der menschlichen Triebkonstitution, sondern in den außerhalb der menschlichen Natur liegenden, allerdings von Menschen geschaffenen und auch von ihnen veränderbaren "naturwidrigen Einrichtungen" des Bodenprivateigentums und des zinstragenden Geldes.[69] Privilegien des Boden- und Geldbesitzes haben die Welt in eine ungerechte und darum friedlose "kapitalistische Mördergrube" verwandelt – in eine von struktureller Gewalt durchzogene 'Ordnung', die mit den Mitteln der Gewalt aufrecht erhalten wird, die auch selbst wieder sowohl kriminelle als auch kriegerische Gewalt hervorbringt und sich zerstörerisch auf das Leben als materiell-seelisch-geistiges Ganzes auswirkt.[70]

Während die Privatisierung des Bodens und der Bodenrente den Menschen im buchstäblichen Sinn den Boden unter den Füßen wegzieht, zerschneidet das zinstragende Geld die zwischenmenschlichen Beziehungen. In seinem 1916 in Bern gehaltenen Vortrag "Ist der Bürger- und Völkerfrieden vereinbar mit der Goldwährung?" knüpfte Gesell an seinen Aufsatz "Geld oder Krieg" von 1912 an und bezeichnete den Zins als "Spaltpilz in der Menschenfamilie" und als den "großen Friedensstörer", weil der Zins und Zinseszins eine sich im Laufe der Zeit selbst verstärkende Polarisierung von Vermögen und Schulden bewirken und die Menschheit in reiche Minderheiten und verarmende Mehrheiten zerteilen. Sie spalten sie jedoch nicht in eindeutig voneinander abgrenzbare Gruppen, Klassen oder Rassen auf, sondern die Trennungslinie zwischen arm und reich verläuft ihren Zinseinnahmen und -ausgaben entsprechend durch jeden einzelnen Menschen hindurch.[71] Hinzu kommt, dass die Hortbarkeit und die Liquidität des Geldes, denen der Zins als "Liquiditätsverzichtsprämie" (Keynes) überhaupt sein Dasein verdankt[72], spekulative

---

69 Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: SGW Band 11, S. 55 ff und 231.

70 Die Auslese .. (wie Anm. 66), S. 221. – Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 66–67 und 97. – Mehr Siegeswillen – Ein Wort an die Pazifisten, in: SGW Band 15, S. 254–255. – In einem Aufsatz "Flucht" bezeichnete Gesell den Kapitalismus als den "Unterdrücker und Vernichter allen Lebens"; in: SGW Band 16, S. 239–241

71 Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 224–225. – Vgl. auch Helmut Creutz, Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Berlin 4. Auflage 1997, S. 93–123, 247–254, 287–300.

72 John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinses und des Geldes. Berlin 1936, S. 186–196. – Dieter Suhr, Geld ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, Frankfurt 1983, S. 67 ff und 127 ff. – Dieter Suhr und Hugo Godschalk, Optimale Liquidität, Frankfurt 1986. – Helmut Creutz, Das Geldsyndrom (wie Anm. 71), S. 278 ff. – Werner Onken, Der Zins als Angelpunkt von Wirtschaft und Moral – Gedanken zu Otmar Issings Einwänden gegen eine zinslose Wirtschaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 226/1994, S. 42–51.

Unterbrechungen des Geldkreislaufs ermöglichen. Das Geld verliert dadurch von seiner Kraft, die Menschen als Anbieter und Nachfrager, als Käufer und Verkäufer zusammenzuführen und die arbeitsteilig differenzierte Gesellschaft in ihrem Innersten zu integrieren. Solche kaum voraussehbaren, mal stärker und mal schwächer auftretenden Störungen des Geldkreislaufs nehmen den Menschen die Sicherheit, in einer verlässlichen Gemeinschaft des ausgeglichenen Gebens und Nehmens aufgehoben zu sein; sie erzeugen existentielle Verunsicherungen und wandeln Vertrauen um in Unsicherheit, Angst und Misstrauen. Infolge derartiger Störungen des Geldkreislaufs und der ungerechten Verteilungswirkungen des Zinses und Zinseszinses kann niemand mehr sicher sein, sich im täglichen Leben auf die eigene Kraft und auf die Solidarität von anderen Menschen verlassen zu können. Das zinstragende Geld trägt strukturelle Verwerfungen in alle wirtschaftlichen Vorgänge hinein und blockiert zugleich die Fähigkeit der Märkte zu ihrer gewaltfreien Selbstregulation und Selbstheilung. Der Verlust des materiell-seelisch-geistigen Gleichgewichts der einzelnen Menschen und der gesamten Gesellschaft führt auf die Dauer zur Bildung eines gefährlichen, mit Worten nicht mehr auflösbaren Aggressions- und Konfliktpotentials; und es erzeugt ein übersteigertes Bedürfnis nach innerer und äußerer Sicherheit, das schließlich statt mit sozialer Gerechtigkeit mit den ungeeigneten Mitteln der Gewalt vordergründig befriedigt wird.

In seinem 1917 vor dem "Weltfriedensbund" in Zürich gehaltenen Vortrag "Freiland – die eherne Forderung des Friedens" verband Gesell seine Gedanken über die jeweils im Bodenrecht und im Geldwesen liegenden Gefahren für den Frieden zu der Vorstellung, dass die Privilegien des Boden- und Geldbesitzes strukturelle Gewalt in die Gesellschaft hineintragen und dass sie in ihrer Wirkung sich gegenseitig verstärkende "soziale Spaltpilze und Sprengkörper (sind), die schon die Staaten des Altertums in Trümmer legten und auch wieder mit unserer Kultur fertig werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig noch davon befreien."[73] Den Grundsatz "Si vis pacem, para bellum", nach dem Staaten und Staatenbündnisse den Frieden sichern wollten, indem sie sich militärisch rüsteten und mit abschreckenden Waffenarsenalen gegenseitig bedrohten, lehnte Gesell eindeutig ab: "Der Soldatenfrieden ist seiner ganzen Natur nach unhaltbar."[74] Unter dem Frieden stellte er sich nicht nur eine Waffenruhe innerhalb der friedlosen Welt des "bürgerlichen Wirtschaftskriegs" vor, sondern einen "Wirtschafts- und Herzensfrieden" in einer freiheitlichen und sozial gerecht geordneten Welt.[75] Deshalb forderte Gesell eine Beseitigung der Boden- und Geldprivilegien durch entsprechende Reformen, die allen Menschen auf gewaltfreie Weise den gleichberechtigten

73 Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 71), S. 56.
74 Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 71), S. 58.
75 Gesell und Paulus Klüpfel, Deutsches Freiland (1915), in: SGW Band 8, S. 248.

Zugang zum Boden und zum Geld als Fundament ihrer Menschenrechte verschaffen: "Reichtum und Armut sind gleichmäßig verkehrte Zustände ..., sie sind mit dem Bürger- und Völkerfrieden unvereinbar. ... Armut ist eine Kette und Reichtum ist eine Kette, und der Anblick von Ketten muss jedem Freien ein Greuel sein. Wo er sie sieht, muss er sie brechen. Das ist Friedensarbeit. ... Der Friede ist ein großes Unternehmen. ... Keine Menschenopfer erfordert der Friede, aber 'Geldopfer unerhört'" – und zwar nicht für Rüstungszwecke, sondern in Gestalt des Verzichts auf Privilegien, "daneben das Opfern liebgewonnener Vorurteile, völkischer Bestrebungen und Lebensanschauungen." [76]

Entsprechend den jüdisch-christlichen Vorstellungen vom 'Schalom' und 'Heilsein' und gemäß der etymologischen Bedeutung des indogermanischen Wortes 'Frieden' als eines allseitigen Versöhntseins mit sich und der Welt verstand Gesell unter 'Frieden' eine innere und äußere Zu-frieden-heit der Menschen als Folge davon, dass sie nicht mehr durch eine strukturelle wirtschaftliche Ausbeutung verletzt werden. "Eine Ordnung, die in sich gesund ist, wo es keine Vorrechte gibt, hat auch keine Feinde. Die wärmenden Strahlen der Gerechtigkeit bringen den Eispanzer des Völkerhasses zum Schmelzen." [77] So wie wirtschaftliche Ungerechtigkeiten in der Vergangenheit immer wieder zu Gewalt, Rüstung und Krieg führten, so würde ein Leben in der sozialen Gerechtigkeit einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft den Menschen in Zukunft dazu verhelfen, ihre aggressiven und solidarischen Potenziale besser auszugleichen als bisher und damit gewaltfreier und friedlicher zusammenzuleben, denn schließlich ist "der Frieden der Zwillingsbruder der Liebe". [78]

4.2 Gesells Umgang mit den Folgen des ersten Weltkriegs und seine außenpolitischen Vorstellungen

Nach dem ersten Weltkrieg, den Gesell als "schrecklichstes Ereignis der Weltgeschichte" und als einen "verbrecherischen nationalistischen Krieg" bezeichnete [79], wiederholte er seine Hinweise, wonach der Krieg "kein biologisches Element" ist, sondern ein "eheliches Kind der sozialen Zustände. ... Diese Mörderhöhle haben alle Völker sich in ihren wirtschaftlichen Einrichtungen geschaffen." [80]

---

76 Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 71), S. 56 und 226.

77 Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft, in: SGW Band 10, S. 233.

78 Die Ursachen der Kriege, in: SGW Band 13, S. 148.

79 Aufruf zum Eintritt in den Schweizer Freiland-Freigeld-Bund, in: SGW Band 10, S. 22. – Fürsten- oder Kriegsbeschädigtenentschädigung, in: SGW Band 16, S. 186–188. – Gesell korrigierte auch seine frühere Haltung zur Bewilligung der Kriegskredite im Deutschen Reichstag, indem er sich von ihr als einer "Schandtat" distanzierte; vgl. Der abgebaute Staat, in: SGW Band 16, S. 287.

80 Freiland – die eherne Forderung des Friedens, in: SGW Band 10, S. 101. – Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 71), S. 212–214. – Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbunds und für die Überprüfung des Versailler Vertrags, in: SGW 12, S. 291. – In einem Aufsatz "Die Kriegsschuld und die eherne Forderung des Friedens" (1924) bezeichnete Gesell Kriege als Folgen von Verletzungen der "objektiven Gerechtigkeit", in: SGW Band 15, S. 262–263.

Auch wenn Gesell nicht einzelne Politiker oder Staaten, sondern wirtschaftliche Strukturen für den ersten Weltkrieg verantwortlich machte, so stand es für ihn dennoch außer Zweifel, dass Deutschland durch den Einmarsch in Belgien und die weitere Kriegführung Schuld auf sich geladen hatte und nunmehr der Welt auf dem Weg zum Bürger- und Völkerfrieden mit einem guten Beispiel vorangehen sollte.[81] Im Gegensatz zur nationalistischen Propaganda, die sich gegen die sogenannte 'Kriegsschuldlüge' und gegen den 'Schmachfrieden von Versailles' richtete, nannte Gesell die "schwere Last der Reparationen ein Glück für das deutsche Volk"[82], weil er sich Hoffnungen machte, dass in Deutschland unter dem Druck der Reparationsforderungen der Siegermächte die soziale Frage im Sinne seiner Geldreformvorschläge gelöst werden könnte. Damit sich das Deutsche Reich der Folgen des Kriegs nicht auf Kosten der mittleren und unteren Schichten durch eine große Inflation entledigt und für die Reparationszahlungen keine Auslandsanleihen aufzunehmen brauchte, sollten die vom Krieg begünstigten Sachwertbesitzer mit einer einmaligen, bis zu 75%igen Vermögenssteuer zur Sanierung des Staatshaushalts herangezogen werden. Und die Weimarer Nationalversammlung forderte Gesell in einer Denkschrift auf, einen Artikel in die neue deutsche Verfassung aufzunehmen, der den Gesetzgeber verpflichtet, das Geldwesen gerecht zu ordnen und zu stabilisieren. Auf diese Weise sollte die junge demokratische Republik in Deutschland ein solides wirtschaftliches Fundament erhalten.[83] Außerdem erneuerte Gesell seinen Vorschlag, im Rahmen einer Reform des Bodenrechts die Großgrundbesitzungen aufzuteilen, weil sie als Brutstätten der politischen Reaktion und des Militarismus die demokratische Republik gefährdeten. Und im Zusammenhang mit der Bodenrechtsreform sollten auch wirtschaftliche Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern aufgehoben werden.[84]

Soziale Gerechtigkeit und inneren Frieden betrachtete Gesell als jene Grundlage, auf der Deutschland sich auf eine vertrauenerweckende Weise um eine Aussöhnung mit seinen Nachbarländern bemühen sollte. Ohne die im Krieg verlorenen Gebiete zurückzufordern, sollte Deutschland die Reichswehr ganz auflösen – "die Rüstung ist ein barbarisches Gerät"[85] – und einen "wahren, echten Frieden mit Frankreich anstreben", ebenso mit Polen und der Tschechoslowakei.[86]

---

81 Abbau des Staates, 2. Auflage 1921, in: SGW Band 13, S. 77. – Die Grenzen unserer Zahlungsfähigkeit, in: SGW Band 13, S. 103–109.

82 Das Trugbild der Auslandsanleihe und ein neuer Vorschlag zum Reparationsproblem, in: SGW Band 14, S. 114.

83 Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung – Denkschrift zu einer Eingabe an die Nationalversammlung, in: SGW Band 10, S. 249.

84 Der deutsche Pazifist und die Abrüstung, in: SGW Band 16, S. 159. – Die Landwirtschaft, ein Luxus des Deutschen Reiches, in: SGW Band 16, S. 170–171. – Ein Fürstendiener als Präsident der Republik, in: SGW Band 16, S. 191–192. – Der Aufstieg des Abendlandes, in: SGW Band 14. S. 199 ff.

85 Der Preisabbau und das Ultimatum, in: SGW Band 13, S. 141. – Zur Forderung nach einer Auflösung der Reichswehr vgl. Der Abbau des Staates, in: SGW Band 10, S. 232–234. – An das deutsche Volk!, in: SGW 12, S. 304. – Notwendige Vorarbeiten, in: SGW Band 14, S. 363. – Die Landwirtschaft, ein Luxus des Deutschen Reiches, in: SGW Band 16, S. 170.

86 Wieviel gewinnt Deutschland durch die Abtretung der polnischen Gebiete?, in: SGW Band 13, S. 109 – 110. – Fort mit der Diktatur der Unfähigen, in: SGW Band 14, S. 310–320. – Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden, in: SGW Band 16, S. 96–97.

Darüberhinaus dehnte Gesell seine Vorschläge zur Reform des Bodenrechts und des Geldwesens auch auf die internationale Ebene aus, um damit zur wirtschaftlichen Fundierung des Weltfriedens beizutragen. Sein Leitbild blieb dabei die Vorstellung, dass die ganze Erde, "die Kugel, die da im weiten Bogen um die Sonne kreist, des Menschen Heimat ist", und zwar jedes einzelnen Menschen ohne Unterschied seiner Herkunft, Hautfarbe und Religion. "Er hält die Welt nicht für einen zoologischen Garten, wo die Völker durch bunte Eisenstäbe voneinander getrennt in Einzelhaft leben sollen." [87] Die Erdkugel dürfe "niemals national betrachtet" werden und auch nicht bloß europäisch, sondern als ein einheitliches globales Wirtschaftsgebiet für alle gleichberechtigten Menschen.[88] Als einen "gefährlichen Gedanken", geradezu als ein "Wahngebilde" verwarf Gesell das Ziel eines "in sich geschlossenen, durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebiets". Und auch ein europäischer Zollverein würde Europa in ein künstlich geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandeln, das von der übrigen Welt abgeschottet ist.[89] Anstelle geschlossener, kolonialimperialistisch expandierender Nationalstaaten bzw. Staatenblöcke, die wirtschaftliche und militärische Kriege gegeneinander führen, stellte sich Gesell ein weltweites Nebeneinander von wirtschaftlich selbständigen und unverschuldeten Staaten ohne (neo-)koloniale Abhängigkeiten vor, die allesamt jedem einzelnen Menschen im Rahmen der allgemeinen Menschenrechte das unbeschränkte und unkontrollierte Recht auf die freie Ein- und Auswanderung garantieren: "Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde." [90] Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, unbehindert von Grenzen und Zöllen miteinander rund um die Welt in wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Beziehungen zu stehen. Bei einem einzigen großen Weltbinnenhandel würden die herkömmlichen Begriffe Import und Export hinfällig. Und Grenzen würden nurmehr einfache Verwaltungsgrenzen statt Trennlinien sein.[91]

In einem von jeglichen Privilegien und Monopolen freien Welthandel erblickte Gesell eine wirtschaftliche Grundlage für einen "Menschheitsbund":

---

87 Ist der Bürger- und Völkerfrieden vereinbar mit der Goldwährung?, in: SGW Band 10, S. 75. – Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und die Überprüfung des Versailler Vertrags, in: SGW Band 12, S. 289.

88 Das Agrarprogramm des Landwirtschaftsministers, in: SGW Band 13, S. 170. – Der Vereinigte Unsinn von Europa – Gegen den Europäischen Zollverein, in: SGW Band 16, S. 72–77.

89 Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes, in: SGW Band 10, S. 254–255. – Internationale Valuta-Assoziation, in: SGW Band 12, S. 150 ff. – Die Diktatur der Not, in: SGW Band 14, S. 73–74. – Der vereinigte Unsinn von Europa (wie Anm. 88).

90 Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 72. – Die Monroe-Doktrin und mein Recht, in: SGW Band 14, S. 334–346.

91 Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 72. – Die Diktatur der Not, in: SGW Band 14, S. 74–75. – Drohender Rassenkrieg zwischen Amerikanern und Mongolen, in: SGW Band 15, S. 245.

"Der Weltfreihandel bietet allen Völkern die Gewähr, dass sie unbehelligt ihrer Eigenart leben und diese in friedlichem Wettbewerb zur vollen Entfaltung bringen können. Sprache, Sitte, Religion, geschichtliche Überlieferung – kurz alles, was einem Volke heilig erscheint, findet nur im Freihandel den Schutz der Menschheit gegen jede fremde Vergewaltigung. ... Führt den Weltfreihandel ein, stellt ihn an die Spitze aller allgemeinen Menschenrechte und damit in den Schutz aller Staaten, so wird Euch alles übrige: Frieden, Freiheit, Demokratie, Sicherheit der Meere, Schutz der kleinen Nationen als Zugabe in den Schoß fallen." [92]

Von den damaligen und späteren kapitalistisch-'neoliberalen' Zerrbildern des Freihandels unterscheidet sich Gesells Zukunftsbild von einem den Weltfrieden fördernden freien Welthandel indessen in zwei zentralen Punkten:

- Der Boden und seine Schätze sind nicht mehr Objekte des privaten oder staatlichen Raubbaus, des Handels und der Spekulation, sondern sie sind Allgemeingüter, die gegen eine an die Allgemeinheit (und die Natur) zurückfließende Gebühr privat genutzt werden können. Um weitere Kriege zu verhüten, hat Gesell ausdrücklich die Internationalisierung der Bodenschätze gefordert: "Jeder Mensch, gleichgültig welchem Staat er angehört, hat das gleiche Recht auf die 'englische Kohle', das 'amerikanische Erdöl' und das 'deutsche Kali'." [93]
- Im Gegensatz zum herkömmlichen zinstragenden Geld, zur exponentiellen Selbstvermehrung der Geldvermögen durch Zins und Zinseszins sowie zur dementsprechenden Entfesselung der internationalen Finanzmärkte und dem globalen Schuldenmanagement konzipierte Gesell den freien Weltbinnenhandel auf der Grundlage eines verlässlich zirkulierenden, gerechten und wertstabilen Geldes in den einzelnen Staaten, die wirtschafts- und währungspolitisch autonom bleiben sollten. Um das "schöne Ziel internationaler Kultur" zu fördern, sollten sich darüberhinaus europäische und auch außereuropäische Staaten in einem "Akt internationaler Brüderlichkeit" zu einer "Internationalen Valuta-Assoziation" (IVA) zusammenschließen, und zwar auf der Basis eines freiwilligen Ein- und Austritts und ohne jeden Hegemonieanspruch von einzelnen Mitgliedern. Mit Sitz in Den Haag in der Nachbarschaft des Internationalen Gerichtshofs oder angegliedert an den Völkerbund in Genf sollte die IVA die Weltwirtschaft statistisch beobachten und sogenannte IVA-Noten als eine internationale Parallelwährung ausgeben, die neben den

---

92 Internationale Valuta-Assoziation, in: SGW Band 12, S. 153. – Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und die Überprüfung des Versailler Vertrags, in: SGW Band 12, S. 280.

93 Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 72. – Freikohle – die Formel für den Frieden in Oberschlesien, in: SGW Band 13, S. 92–94. – Petrol-Trust, in: SGW Band 13, S. 145–147.

94 La pletora monetaria de 1909 y la anemia monetaria de 1898, in: SGW Band 5, S. 235–245. – Erstausgabe der Natürlichen Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 9, S. 116 und 144–148. – Internationale Valuta-Assoziation, in: SGW Band 12, S. 149–195, 312–313. – Brief an Hans Bernoulli vom 3. 1. 1928, in: SGW Band 18, S. 348. – Über ein Weltindexbüro vgl. den Band 16, S. 312–313. – Eine weiterentwickelte Variante von Gesells IVA-Konzept hat John Maynard Keynes bei der Weltwährungskonferenz in Bretton Woods (1944) vorgeschlagen. Zu seinem Bancor-Plan vgl.

einzelnen Landeswährungen umläuft und deren Wechselkurse stabilisiert.[94] Eine solche internationale währungspolitische Verständigung hielt Gesell auch deshalb für unerlässlich, weil der Zins als internationales Phänomen von einem einzelnen Land, das mit der Geld- und Bodenreform beginne, nicht überwunden werden könne.[95]

In den 20er Jahren schlugen die deutsche und die internationale Politik jene verhängnisvolle Richtung ein, vor der Gesell immer wieder vergeblich warnte. Die Inflation, das "große deutsche Verbrechen"[96], entwurzelte die mittleren und unteren Schichten materiell und machte sie empfänglich für totalitäre Ideologien. Die Reparationszahlungen wurden verschleppt und zulasten der Allgemeinheit mit Auslandsanleihen statt mit einer Vermögensabgabe auf die Sachwerte der oberen Schichten finanziert. Anstelle einer interessenneutralen Weltwährungsordnung wurde die von Machtinteressen bestimmte Goldwährung wieder eingeführt. Und die Bodenprivilegien blieben unangetastet. Unter diesen Umständen ahnte Gesell frühzeitig, dass der "bürgerliche Wirtschaftskrieg" früher oder später wieder in ein großes Blutbad übergehen würde. Bereits 1923 warnte er vor den "sogenannten Patrioten, die die allgemeine Zerfahrenheit benutzen werden, um den Mangel an Nationalgefühl für die Zustände verantwortlich zu machen. Dann wird man zur Hebung solchen Nationalgefühls zu dem bewährten Mittel greifen, die Völker zu verhetzen, und an die niedrigsten Instinkte wird man appellieren. Alles, was das Ausland Gutes schafft, wird entweder verschwiegen oder herabgesetzt, während das Ungünstige breit getreten wird. Dann ist die Stimmung wieder bald reif für einen Krieg, namentlich wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse allgemein den Glauben erwecken, dass es so nicht weitergehen kann, dass schließlich ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei. Der Krieg aber wird selbstverständlich das Übel nur verschlimmern."[97] 1924 und 1925 sagte Gesell abermals voraus, dass über Europa ein großes Unheil hereinbrechen werde, wenn das Geldproblem weiterhin ungelöst bliebe.[98]

Keynes, Vorschläge für eine Union für den internationalen Zahlungsverkehr (International Clearing Union), in: Stefan Leber (Hg.), Wesen und Funktion des Geldes, Stuttgart 1989, S. 323–349.

95 Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 9, S. 373 und Band 11, S. 273 und 312–315. – Vgl. Werner Onken, Wirtschaften in der Einen Welt – Globalisierung: marktwirtschaftlich oder kapitalistisch?, in: Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (Hg.), Globalisierung und Geldreform – Zukunftsfähige Gesellschaft, Aarau 1999, S. 9–31. – Thomas Betz, Globalisierung des Geldes, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 125. Folge (2000), S. 14–26.

96 Wie man die Kreditnot bekämpfen soll, in: SGW Band 16, S. 148.

97 Aufstieg des Abendlandes, in: SGW Band 14, S. 205–206. – Vgl. auch einen Offenen Brief Gesells an die Berliner

4.3 Berührungen mit der Friedensbewegung vor 1933 und nach 1945

Den ersten Kontakt mit der Friedensbewegung bekam Gesell bereits kurz vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, als er noch in Argentinien war. Der ehemalige Offizier und bekannte christlich-pazifistische Publizist Moritz von Egidy zeigte Interesse an seinen Boden- und Geldreformvorschlägen. Gesell und Egidy wollten sich persönlich treffen; doch als Gesell nach Deutschland zurückkehrte, war Egidy gerade gestorben.[99]

1912 nahm Gesell eine briefliche Verbindung mit dem Richter Hermann Popert auf, der gemeinsam mit dem Pazifisten Hans Paasche die Zeitschrift "Der Vortrupp" herausgab. Diese Zeitschrift trat für Lebensreform und Alkoholabstinenz ein und wandte sich vornehmlich an die Jugendbewegung. Gesell war an einer Mitarbeit im "Vortrupp" interessiert; doch Popert wollte die Ziele der Lebensreform nicht mit der Kapitalismuskritik verbinden und vermeiden, dass sich die Leserschaft in Befürworter und Gegner der Boden- und Geldreform spaltet.[100]

Wenige Monate vor seiner Übersiedlung in die Schweiz wirkte Gesell in der von führenden Pazifisten wie Hans Paasche und Helmut von Gerlach ("Welt am Montag") gegründeten Zentralstelle Völkerrecht (ZV) mit. Der ihm nahestehende libertäre Kulturphilosoph Gustav Landauer und Ludwig Quidde als Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) hatten den Gründungsaufruf verfasst. Die ZV erstrebte einen Verständigungsfrieden mit den Nachbarn Deutschlands, eine demokratische Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg und den Aufbau internationaler friedenssichernder Organisationen. Die ZV wurde bald zu einem Sammelbecken für bürgerliche Intellektuelle und für Mehrheitssozialdemokraten wie Eduard Bernstein und Heinrich Ströbel. Auch die Frauenrechtlerin Helene Stöcker schloss sich ihr an, ebenso der Pädagoge Friedrich Wilhelm Foerster und der Ökonom Oskar Stillich aus der Volkshochschulbewegung. Einerseits schätzte Gesell die Pazifisten sehr als die "Edelsten des Menschengeschlechts"[101]; andererseits stand er zwischen allen Stühlen des gemäßigten und radikaleren Pazifismus und fühlte sich in diesen Kreisen auch unverstanden. Die Gemäßigten glaubten, den Frieden ohne eine Änderung des Wirtschaftssystems allein durch internationale Konferenzen, völkerrechtliche Verträge, Institutionen wie den Haager Gerichtshof und den Völkerbund und nicht zuletzt durch Abrüstungs-

---

99 Zum Kontakt Gesells mit Egidy vgl. Werner Onken, Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjenburg 1999, S. 21–23. – Über Egidy vgl. das Hermes-Handlexikon von Helmut Donat und Karl Holl, Die Friedensbewegung in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, Düsseldorf 1983, S. 95–97.

100 Brief Gesells an Hermann Popert vom 25. 9. 1912, in: SGW Band 18, S. 77. – Zu Popert, Paasche und zum "Vortrupp" vgl. Helmut Donat und Karl Holl (wie Anm. 99), S. 297–298, 308–309 und 411–412. – Gesells Mitarbeiter Paulus Klüpfel und Theophil Christen pflegten den Kontakt zum "Vortrupp" weiter.

101 Die Ursachen der Kriege, in: SGW Band 13, S. 147.

maßnahmen erreichen zu können. Und die Radikaleren erkannten zwar die Notwendigkeit sozialer Grundlagen für den Frieden; aber ihre Vorstellungen von einer Gesellschaftsreform waren mehr von Marx beeinflusst. Enttäuscht berichtete Gesell über eine Versammlung der ZV im Berliner Reichstagsgebäude vom Ende September 1916: "Sie haben alle guten Willen, aber mehr nicht. Wir sind die eigentlichen Träger des Friedensgedankens." [102]

"Alles, was die Friedensfreunde tun", schrieb Gesell 1916 und wiederholte es danach mehrfach, "ist gut und lobenswert. Aber ungleich wirkungsvoller wäre ihre menschenfreundliche Tätigkeit, wenn sie ihre Aufmerksamkeit mehr den wirtschaftlichen Ursachen der Kriege zuwenden wollten, und namentlich nicht immer nur von den Völkerkriegen, sondern auch vom Bürgerkrieg reden wollten. ... Hat es einen vernünftigen Sinn, für den Völkerfrieden zu arbeiten und dabei seine Unterlage, den Bürgerfrieden, unbeachtet zu lassen? Nennt man das nicht auf Flugsand bauen? Dachausbesserungen an einem Bau vornehmen, dessen Grundmauern untergraben werden?" [103] Vor dem Weltfriedensbund in Zürich setzte sich Gesell 1917 eingehend mit den Vorstellungen der Pazifisten auseinander – mit dem Vegetarismus und der Alkoholabstinenz als Wegen zu einem sorgfältigeren Umgang mit dem Leben, mit der Idee eines Ehe- und Gebärstreiks wie bei Aristophanes' "Lysistrata" und mit der Kriegsdienstverweigerung; sie enthielten nach seiner Ansicht "viel Wahres", könnten aber die Kriegsursachen nicht wirklich beheben.[104]

Ebenfalls wegen des Fortbestehens wirtschaftlicher Kriegsursachen war Gesell skeptisch gegenüber der Ansicht, dass der Frieden durch Rüstungskontrollen gesichert werden könne. Die militärischen und militärisch mobilisierbaren Kräfte würden von zu vielen Faktoren beeinflusst – nicht nur der Technik, sondern auch der Bevölkerungsdichte und der allgemeinen Lebensverhältnisse –, als dass sie in einem kontrollierbaren Gleichgewicht gehalten werden könnten.[105] Denselben Einwand machte er gegenüber den Abrüstungsbestrebungen geltend. Ohne eine Beseitigung der Kriegsursachen könne die Abrüstung keinen Frieden garantieren, sondern sie würde letztlich zu "fürchterlichen Schlachten im Handgemenge" führen. Einer Verständigung mit den Pazifisten eher hinderlich waren allerdings Formulierungen wie "Nutzlosigkeit der Abrüstung" oder die Aussage, dass der "Friede mit der Rüstung und Abrüstung durchaus nichts zu tun hat".[106] Auch wenn solche Äußerungen nicht als Argumente für die Rüstung gemeint waren, so wäre es angesichts der auch schon im ersten Weltkrieg entfesselten großen Vernichtungspotentiale über-

---

102 Brief an seine Frau Anna Boettger-Gesell und an seine Tochter Johanna vom 1. 10. 1916, in: SGW Band 18, S. 124–125.

103 Ist der Bürger- und Völkerfrieden vereinbar mit der Goldwährung?, in: SGW Band 10, S. 78 und 38; entsprechend in der Natürlichen Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 231 und 211.

104 Freiland – die eherne Forderung des Friedens, in: SGW Band 10, S. 102–103; entsprechend in der Natürlichen Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 57 – 58.

105 Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 58.

106 Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 59–60.

zeugender gewesen, Abrüstungsbemühungen als notwendige Begleitmaßnahmen zu dem Bemühen um eine Überwindung der ungerechten und friedlosen Wirtschaftsstrukturen zu fordern.

Wie eine Geringschätzung des Völkerrechts konnten schließlich auch Gesells Zweifel an einer Sicherung des Friedens durch internationale Verträge wirken. Der erste Weltkrieg habe "die ganze Hohlheit dieser papierenen Verträge", zum Beispiel der Verträge mit Belgien und Italien, gezeigt. Mit seiner Kritik am Völkerrecht wollte Gesell indessen auf die Unmöglichkeit hinweisen, inmitten struktureller Ungerechtigkeiten der Wirtschaft den Frieden mit Hilfe völkerrechtlicher Verträge und Bündnisse zu sichern. Wenn es gelänge zu verhüten, dass sich der soziale Sprengstoff nochmals in Völkerkriegen entlädt – weil diese "Sicherheitsventile des Kapitalismus" mit den Mitteln des Völkerrechts abgedichtet werden –, würde er in anderen weltbürgerkriegsähnlichen Formen explodieren.[107] Außerdem wandte sich Gesell dagegen, dass das Völkerrecht den kapitalistischen Machtstaaten das Recht zubilligte, Grenzzölle zu erheben, Handelsschranken zu errichten und hoheitliche Ansprüche auf Rohstoffe zu stellen. Gegen Auffassungen wie 'Amerika den Amerikanern' und 'Deutschland den Deutschen' setzte er das biblische Wort, wonach Gott die eine Erde allen Menschen gegeben habe. (Ps. 115.16) Die universalen Menschenrechte müssten deshalb über den Völkerrechten stehen; und das Völkerrecht dürfe keine Staatshoheit über den Boden und seine Schätze sanktionieren, weil es sonst selbst den Weg für weitere kriegerische Auseinandersetzungen bereite.[108] In diesem Sinn sagte Gesell auch dem Völkerbund voraus, dass er ohne eine Weiterentwicklung zu einem "Menschheitsbund" eine "taube Nuss" bleiben würde.[109]

Während der 1920er Jahre erinnerte Gesell die Friedensbewegung immer wieder daran, dass sie "den Völkerfrieden nur vom Altar des Bürgerfriedens holen kann. Der Bürgerfriede ist die Keimzelle des Völkerfriedens."[110] Er warf ihr ein "Versagen der Friedenspolitik" als Folge ihrer mangelnden Bereitschaft vor, sich den Privilegien des Bodeneigentums und des zinstragenden Geldes als "letzter Ursache aller Kriege" entgegenzustellen und sich für wirtschaftliche Voraussetzungen eines gerechten und gewaltfreien Zusammenlebens der Menschen einzusetzen. Und um die Mitte der 20er Jahre warnte er schließlich noch davor, dass die weißen und gelben Rassen in einem "Rassenkrieg, dem fürchterlichsten Ausrottungskrieg" aufeinander prallen könnten.[111]

Zuweilen stieß Gesell auch auf das Verständnis von Pazifisten für seine Gedanken über den Einfluss der Wirtschaft auf Krieg und Frieden. Durch Anita

---

107 Die pazifistischen Bestrebungen und die Goldwährung, in: SGW Band 10, S. 36–39. – Gold und Frieden?, in: SGW Band 11, S. 210–212 und 61 ff.

108 Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 61–68.

109 Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und für die Überprüfung des Versailler Vertrags, in: SGW Band 12, S. 276–281. – An das deutsche Volk, in: SGW Band 12, S. 304–305.

110 Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 55.

111 Angriffe auf die pazifistische Politik, in: SGW Band 15, S. 125–129 und 199.

Augspurg, die wie er an der Münchener Räterepublik beteiligt gewesen war, und Rosa Schwann-Schneider erhielt er Gelegenheiten, Vorträge bei Veranstaltungen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit zu halten.[112] Der Völkerrechtler Hans Wehberg von der Deutschen Liga für den Völkerbund, der ab 1924 die "Friedenswarte" herausgab, war zugleich ein Verfechter der Bodenreformziele.[113] Möglicherweise bestand auch ein Kontakt zu Harry Graf Kessler von der Deutschen Liga für Menschenrechte, der auch dem Präsidium der DFG angehörte, und Oskar Stillich befasste sich nicht unkritisch, aber wohlwollend und ausführlich mit dem Geldreformkonzept.[114] 1927 stand Gesell im Kontakt mit dem Bund der Kriegsdienstgegner in Berlin, den Helene Stöcker mitbegründet hatte und dem auch Stillich angehörte.[115] Und während seine Anhänger 1928 das von der KPD eingefädelte Volksbegehren gegen den Bau des Panzerkreuzers A unterstützten, formulierte Gesell 14 Thesen über die "Stabilisierung des Bürger- und Völkerfriedens", die von seinem Mitarbeiter Werner Zimmermann auf dem Weltjugend-Friedenskongress in Eerde-Ommen (Niederlande) vorgetragen wurden. Diese 14 Thesen waren ein Pendant zu den ebenfalls 14 Thesen, in denen sich Lothar Engelbert Schücking von der DFG zur Friedensfrage geäußert hatte.[116]

Begünstigt durch die Weltwirtschaftskrise fanden Gesells Thesen über die wirtschaftlichen Ursachen von Kriegen seit dem Ende der 20er Jahre mehr und mehr Gehör in der DFG. Zwar blieben Fritz Küster als Gründer und Redakteur des DFG-Organs "Das andere Deutschland" und Hans Schwann ihnen gegenüber eher ablehnend oder skeptisch eingestellt; aber Küsters Nachfolger Heinz Kraschutzki war dafür aufgeschlossener. Noch mehr als er bemühten sich der Rechtsanwalt Karl-Udo Iderhoff und der ebenfalls zur Redaktion des "Anderen Deutschland" gehörende Friedrich Kayser um eine stärkere Beachtung der Boden- und Geldreform (der sog. Freiwirtschaft) innerhalb der DFG.[117] Am stärksten setzte sich hierfür der 1929 zum Vorsitzenden der DFG gewählte ehemalige General und gegen Ende des ersten Weltkriegs

---

112 Briefe an Rosa Schwann-Schneider vom 16. 1. 1921 und 20. 2. 1921 sowie an Anita Augspurg vom 1. 3. 1921 und an die Internationale Liga vom 26. 3. 1922, in: SGW Band 18, S. 227–228 und 248.

113 Hans Wehberg, Theodor Stamm und die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung, Bonn 1911. – Ders., Die Bodenreform im Lichtes des humanistischen Sozialismus, München 1913. – Über Hans Wehberg vgl. das Lexikon von Helmut Donat und Karl Holl (Hg.), Die Friedensbewegung (wie Anm. 99), S. 414–416.

114 Vgl. den Brief an Anita Augspurg vom 1. 3. 1921 (wie Anm. 112) sowie Briefe an Niekisch und Otto Maaß vom Sommer 1923, in: SGW Band 18, S. 273–275. – In der Internationalen Liga für Menschenrechte war Gesells Mitarbeiter Alfred Bader aktiv; er war zugleich Geschäftsführer des Fysiokratischen Kampfbundes.

115 Brief an Arnold Kalisch vom Oktober 1927, in: SGW Band 18, S. 339. – Zum Bund der Kriegsdienstgegner vgl. Helmut Donat und Karl Holl, Die Friedensbewegung (wie Anm. 99), S. 60–61.

116 Zur Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Bau des Panzerkreuzers A durch den Freiwirtschaftsbund und den Fysiokratischen Kampfbund vgl. Werner Onken, Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjenburg 1999, S. 97. – Stabilisierung des Bürger- und Völkerfriedens, in: SGW Band 17, S. 142–146. – Briefe an Bertha Heimberg und Kurt Becker vom 8. 8. 1928, in: SGW Band 18, S. 371–372. – Zu Lothar Engelbert Schücking vgl. Helmut Donat und Karl Holl (wie Anm. 99), S. 341–342, und Reinhold Lütgemeier-Darwin, Lothar Schücking – eine Biografie, Bremen 1998.

117 Über Karl-Udo Iderhoff vgl. Johanna Iderhoff, Ein Menschenanwalt, Stuttgart 1974, und Helmut Donat / Karl Holl, Die Friedensbewegung (wie Anm. 99), S. 194 sowie S. 226 über Friedrich Kayser.

zum Pazifisten gewordene Paul Freiherr von Schoenaich ein, der regelmäßig Artikel im "Anderen Deutschland", im "Generalanzeiger für Dortmund" und in Helmut von Gerlachs "Welt am Montag" veröffentlichte. Für Schoenaich war es eine "Binsenwahrheit", dass Kriege wirtschaftliche Hintergründe haben. Und die Arbeitslosigkeit, der die kapitalistische Welt seiner Zeit ratlos gegenüberstand, betrachtete er als das "Kernproblem des Pazifismus". Deshalb nannte sich Schoenaich selbst eine "Personalunion von Pazifismus und Währungsreform" und er bedauerte es sehr, dass Friedrich Wilhelm Foerster trotz seiner Einsicht in die Notwendigkeit einer Lösung der sozialen Frage noch 1932 "nicht dafür (war), dass die Friedensbewegung als solche verpflichtet werde, sich mit der Lösung der sozialen Frage zu befassen. Eine einzelne Organisation kann nicht für alles da sein", schrieb Foerster, "die Friedensbewegung hat genug zu tun, wenn sie sich mit den praktischen und psychologischen Fragen der Völkerverständigung, mit dem Kampf gegen die Trugschlüsse des Militarismus usw. befasst." [118] Unterdessen wurde der Nationalsozialismus als Folge der ungelösten sozialen Frage und der Massenarbeitslosigkeit immer stärker. Im Dezember 1932 schloss Schoenaich einen Artikel "Freiwirtschaft und Pazifismus" mit den Worten: "Wenn Freiwirtschaftler und Pazifisten Schulter an Schulter stehen, werden wir siegen, allen Widerständen zum Trotz." [119] Doch mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten sollten sich schon weniger als zwei Monate später alle Widerstände als unüberwindlich erweisen. Und binnen kurzer Zeit machte der Nationalsozialismus wieder zunichte, was Pazifisten bis dahin in ihrem Kampf gegen den Militarismus und für die Völkerverständigung erreicht hatten.

Nach 1945 organisierte sich der größere Teil von Gesells Anhängern in Westdeutschland in der Radikalsozialen Freiheitspartei (RSF; ab 1950: Freisoziale Union FSU). Bei ihrer Kundgebung anlässlich ihres Parteitages 1948 "Zurück zum Faschismus? – Oder vorwärts zur Freiwirtschaft?" gehörte auch Paul von Schoenaich als Präsident der DFG zu den Rednern. Als Vorsitzender der RSF hob Richard Batz die Bedeutung einer Reform des Bodenrechts und des Geldwesens für eine gerechte und friedliche Neuordnung Deutschlands hervor. Und Werner Zimmermann stellte eine gedankliche Verbindung zwischen diesen Reformansätzen und Mahatma Gandhis gewaltfreiem Widerstand gegen die britische Kolonialherrschaft in Indien her.[120]

Die RSF bzw. FSU forderte eine deutsche Wiedervereinigung auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit und freiheitlicher Demokratie. Außen-

118 Paul von Schoenaich, Friedrich Wilhelm Foerster und Hans Schwann, Pazifismus und Wirtschaft – eine Diskussion, in: Die Zeit – Organ für grundsätzliche Orientierung Nr. 11-12/1932, S. 415–421.

119 Paul von Schoenaich, Mein Finale, Flensburg und Hamburg 1947, S. 119. – Über Kraschutzki, Küster und Schoenaich vgl. Helmut Donat und Karl Holl (wie Anm. 99), S. 232–233, 241–243 und 338–340.

120 Unveröffentlichtes Protokoll des RSF-Parteitages 1948 in Hamburg in der Freiwirtschaftlichen Bibliothek. – Richard Batz, Freiheit, Ordnung, Friede, Lauf bei Nürnberg 1948. – Werner Zimmermann, Mahatma Gandhi – sein Leben und Werk und seine Lehren für uns alle, München 1948. – Friedrich Salzmann, Vom Krieg zum Frieden, Bern o.J. (ca 1946 bis 1948)

und sicherheitspolitisch trat sie für ein entmilitarisiertes und neutrales Deutschland ein, das angesichts der Gefahr eines Dritten Weltkriegs eine Brücke zwischen den westlichen und östlichen Machtblöcken bilden sollte, ohne sich einem der beiden Blöcke anzuschließen. In den frühen 50er Jahren regte die FSU an, das Land in den früheren deutschen Ostgebieten als Gemeineigentum unter die Verwaltung der Vereinten Nationen zu stellen und an Deutsche und Polen zu verpachten. Anfangs suchte sie die Zusammenarbeit mit der DFG, mit den War Resisters International, den Quäkern und anderen Organisationen aus der Friedensbewegung und sie beteiligte sich am Widerstand gegen die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen von Adenauers Politik der Integration der Bundesrepublik in westliche Bündnissysteme. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 bildete die FSU ein Wahlbündnis mit dem Nauheimer Kreis des Historikers Ulrich Noack, dem sich auch die von Gustav Heinemann und Helene Wessel geleitetete Gesamtdeutsche Volkspartei anschloss. Dieses Wahlbündnis GVP – Freie Mitte – FSU verstand sich als ein Sammelbecken von nichtkommunistischen Rüstungsgegnern; es zerbrach aber schon vor der Wahl.[121] Als Mitglied des FSU-Vorstandes und zugleich Mitglied der WOMAN – Weltorganisation der Mütter aller Länder nahm Elfriede Wenzel an Tagungen der Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände teil.[122] Mehrere Mitglieder der FSU wie zum Beispiel Käthe Moritz, Gerhard Triebler und Hermann Speelmann hatten zugleich Ämter in der DFG inne. Speelmann war Vorsitzender von beiden Westberliner Landesverbänden. Nach einer Kontroverse mit dem SED-nahen Hartmut Bunke um die Berlin-Frage trat er 1963 aus der DFG aus. "Nach dem Rücktritt Speelmanns und der Abwahl Gerhard Schmidts auf der Bochumer DFG-Bundestagung im Oktober 1963 waren damit die beiden Exponenten sozialethischer Friedensarbeit nicht mehr im Bundesvorstand vertreten." [123]

Während der Jahre des westdeutschen Wirtschaftswunders schrumpfte die FSU zu einem sehr kleinen Personenkreis zusammen, der sich auf sein geldreformerisches Kernanliegen konzentrierte und die Verbindung zur Friedens-

---

121 Richard Stöss, Die Freisoziale Union, in: ders.: Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 Band 2, Opladen 1984, S. 1405–1410. – Stefan Appelius, Pazifismus in Westdeutschland (wie Anm. 3), S. 277, 299, 316–317 und 345. Appelius zufolge gab es bereits 1945 in Bremen um Friedrich Harjes und Arthur Helms (letzterer war vor 1933 Vorsitzender des Bremer Landesverbandes der DFG) eine Verbindung der Geld- und Bodenreformbewegung mit der Friedensbewegung in Gestalt eines Menschheitsbundes. (Appelius, S. 73–74)

122 Brief von Elfriede Wenzel an Wilhelm Bäuerle vom 22. 4. 1954. – Diese Tagungen wurden von Helene Wessel mitgestaltet, die dem Vorstand des Internationalen Versöhnungsbundes angehörte und die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung unterstützte. Vgl. Stefan Appelius, Pazifismus in Westdeutschland (wie Anm. 3), S. 299 und 316–317.

123 Stefan Appelius, Pazifismus in Westdeutschland (wie Anm. 3), S. 496, 513, 526 und 748. Dass Hartmut Bunke anschließend Vorsitzender des Westberliner Landesverbandes der DFG wurde, war für den Theologen Helmut Gollwitzer der Grund, die Einladung zur Übernahme des Ehrenvorsitzes im Landesverband nicht anzunehmen. Gerhard Schmitt vom DFG-Bundesvorstand bedauerte Speelmanns Austritt mit den Worten: "Die Friedensbewegung hat ihren Zweck verfehlt, wenn sie die Toleranz nicht aufbringt, in ihren Reihen Gesinnungsfreunde zu dulden, die sich vorwiegend oder u.a. mit sozialpolitischen und gesellschaftswissenschaftlichen Friedenslösungen beschäftigen." (Brief von Schmidt an Speelmann vom 19. 11. 1963; zitiert von Stefan Appelius, S. 513).

bewegung weitgehend verlor.[124] Unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung bildete der österreichische Theologieprofessor Johannes Ude bis in die 60er Jahre hinein das zweifellos stärkste Bindeglied zwischen der Boden- und Geldreform- und der Friedensbewegung. Ude hatte sich schon vor dem zweiten Weltkrieg als Tierschützer und Pazifist engagiert und war von seiner Kirche gemaßregelt worden. 1948 war sein zum Teil in nationalsozialistischer Haft entstandenes Hauptwerk "Du sollst nicht töten!" erschienen, worin Ude Kriege als Geschäfte des Finanz- und Rüstungskapitals verurteilte, die die Heiligkeit der kosmischen Ordnung schänden. Er klagte auch die Kirchen an, weil sie im Laufe ihrer Geschichte im Gegensatz zur Gewaltlosigkeit Christi immer wieder auch Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele angewendet haben. Als Redner auf Friedenskongressen und mit mehreren Broschüren wie "Atomare Götzendämmerung" und "Christus oder Atombombe" kämpfte Ude gegen den Rüstungswettlauf. Die Frauen forderte er dazu auf, ihre Söhne zu Kriegsdienstverweigerern zu erziehen, denn "die Männerwelt mit ihrem wahnsinnigen, verbrecherischen Militarismus hat bis heute versagt."[125] Ude war Ehren- bzw. Vizepräsident der österreichischen Sektionen der Internationale der Kriegsdienstgegner und der War Resisters International und er gehörte bis zu seinem Tod (1965) auch den Kuratorien der DFG und der Ostermarschbewegung / Kampagne für Demokratie und Abrüstung an.

Seitdem das Interesse an Gesells Boden- und Geldreform als Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise wieder zugenommen hat, haben auch ihre neueren Verfechter wie Helmut Creutz und Dieter Suhr an ihren friedenspolitischen Gehalt angeknüpft. Mit Bezug auf die großen Weltkriege und die jüngsten Golfkriege verweist Creutz auf die Zusammenhänge zwischen der in sich friedlosen Zinswirtschaft und den militärischen wie auch zivilen Formen großangelegter Kapitalvernichtungen.[126] Für Roland Geitmann, der die "Christen für gerechte Wirtschaftsordnung" (CGW) leitet, hat "das Geldwesen im Bedingungsgeflecht militärischer Rüstung eine zentrale, aber bislang wenig beachtete Stellung. ... Immer deutlicher werden Rüstung und Militär zum wichtigen Instrument im Weltwirtschaftskrieg. Rüstung und Militär sichern

---

124 Lediglich Wolfram Triebler bemühte sich während der Debatten um die NATO-Nachrüstung zu Beginn der 80er Jahre noch einmal darum, diese Verbindung nicht ganz abreissen zu lassen; vgl. seinen Aufsatz "Frieden schaffen – ohne Waffen?", in: Der Dritte Weg Nr. 6-7/1982, S. 5–8. – Über die Verbindungen von Gesells Anhängern mit der Friedensbewegung nach 1945 vgl. Werner Onken, Natürliche Wirtschaftsordnung im 20. Jahrhundert (in Vorbereitung). Die Schaffung einer UN-Verwaltung in den früheren deutschen Ostgebieten wurde im FSU-Programm von 1952 gefordert. – Vgl. außerdem Eckhard Lindemann (d.i. Ekkehard Lindner), Ist der Friede noch zu retten?, Hamburg 1966. – Ludwig Stadelmann, Bewaffneter Friede?, Bad Goisern 1970.

125 Johannes Ude, Du sollst nicht töten!, Dornbirn 1948, S. 105–208, 221–225 und 356–368. – Ders., Christliche Moraltheologen als Helfershelfer des Kapitalismus, Brüggen 1957. – Ders., Das Verbrechen der atomaren Aufrüstung und des Atomkriegs, Feldkirch 1958. – Vgl. auch Helmut Donat und Karl Holl (wie Anm. 99), S. 296–297 und 391–392. – Peter Hodina, Zwischen Selbstreform und Weltreform – Zum 20. Todestag von Johannes Ude, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 65. Folge (1985), S. 3–8. – Stefan Appelius (wie Anm. 3), S. 396–397, 462–463, 609 und 755–756.

126 Helmut Creutz, Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Berlin 4. Auflage 1997, S. 378 ff. – Dieter Suhr, Geld und Friedenssicherung, in: Die Kommenden Nr. 3/1988, S. 18–22.

die verschwenderische Lebensweise des Nordens auf Kosten des Südens."[127] Roland Geitmann arbeitet auch in pazifistischen Organisationen wie dem "Bund für Soziale Verteidigung" mit, in dem er eine "Arbeitsgemeinschaft Gewaltfreie Wirtschaft" initiiert hat. Auf Zusammenhänge zwischen der strukturellen Gewalt in kapitalistischen Marktwirtschaften und dem rund 6000 Jahre alten Patriarchat macht Bernd Senf aufmerksam, was zugleich eine Anknüpfung an feministische Forschungen über die Gewalt im patriarchalischen Kapitalismus ermöglicht.[128] Die 6. Tagung der CGW und der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung) im Juni 2000 in Birkenwerder bei Berlin war ein erster Versuch, wieder mit der Friedensbewegung und auch mit der Friedensforschung ins Gespräch zu kommen.[129]

5 Ausblick – Großes Ziel und kleine Schritte

Vergeblich bäumte sich die erste Generation der Friedensbewegung vor 1933 gegen den Absturz Deutschlands in den Nationalsozialismus auf. In der Nachkriegszeit ging die große Politik über ihren Widerstand gegen die Wiederbewaffnung, die Blockkonfrontation und das atomare Wettrüsten hinweg. Und in den frühen 1980er Jahren konnte die Friedensbewegung die NATO-Nachrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen nicht verhindern. Einigendes Band der in sich sehr heterogenen christlichen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und grün-alternativen Friedensgruppen war bis dahin die Hoffnung gewesen, die Nachrüstung mit Pershing-II-Raketen abwenden zu können. Über dieses konkrete Nahziel hinaus fehlte ihr nach ihrem Scheitern in November 1983 ein gemeinsames gesellschaftspolitisches Fernziel einer strukturell gerechteren Welt, das weiterhin friedenspolitische Kräfte hätte mobilisieren und eine Ausbreitung von Resignation vermeiden können. Die mit der Wende in Mittel- und Osteuropa und dem Verschwinden des östlichen Feindbildes entstandene große Chance für den Weltfrieden blieb bislang ungenutzt. Stattdessen gingen mit der globalen Expansion des

---

127 Roland Geitmann, Geld und Rüstung – Vom Zusammenhang zwischen Geldsystem, Wirtschaftskrisen und Rüstung, in: Jutta Koch und Regina Mehl (Hg.), Politik der Einmischung zwischen Konfliktprävention und Krisenintervention, Baden-Baden 1994, S. 127–133; überarbeitet in: Zeitschrift für Sozialökonomie 105. Folge (1995), S. 20–25. – Ders., Rüstung als Folge unseres Geldsystems, in: Ohne Rüstung leben, Informationen Nr. 51/1991, S. 5. – Ders., Soziale Dreigliederung oder Wirtschaftskrieg, in: Johannes Esser (Hg.), Friedenswissenschaft und Friedenslehre an Fachhochschulen und Universitäten, Frankfurt 1991, S. 134–145 und 300–314. – Ders., Für andere arbeiten (lassen) – Elemente einer friedenstauglichen Wirtschaftsordnung, in: Christiane Ludwig-Körner, Roland Geitmann und Frieder Burkhardt (Hg.), Frieden gestalten – Zur Theorie und Praxis der Friedensarbeit an Fachhochschulen, Münster 1995, S. 123 – 133.

128 Bernd Senf, Der Nebel um das Geld – Ein Aufklarungsbuch, Lütjenburg 1996, S. 23 und 67. – Ders., Die Wiederentdeckung des Lebendigen, Frankfurt 1966. – Ders., Die kopernikanische Wende in der Ökonomie?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 119. Folge (1998), S. 7–24. – Zu den feministischen Forschungen vgl. Maria Mies, Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich 4. Auflage 1992.

129 Vgl. die Tagungsbeiträge von Ulrike Nikutta-Wasmuht, Dieter Lutz und Helmut Creutz in: Zeitschrift für Sozialökonomie 127. Folge (2000). – Ulrike Wasmuht, Geschichte der deutschen Friedensforschung – Entwicklung, Selbstverständnis, Politischer Kontext, Münster 1998. – Theodor Ebert, Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär, Münster 1997.

Kapitals eine NATO-Osterweiterung und Vorbereitungen auf militärische Out-of-area-Einsätze einher. Schließlich verstärkte die Entwicklung auf dem Balkan sogar die Bereitschaft von nicht wenigen Pazifisten, von ihren offenbar 'weltfremden' Idealen abzurücken und sich 'realistisch-pragmatisch' mit der Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Industrieländer zu arrangieren.

Umso bedeutsamer ist es deshalb, dass der renommierte Friedens- und Konfliktforscher Dieter Senghaas sich nicht zu einem Umdenken in die alten Bahnen der "para bellum-Maxime" verleiten lässt. Senghaas ermutigt weiterhin dazu, im Sinne der "para pacem-Maxime" sowohl kritische Blicke auf "gewaltträchtige Problemlagen" in unseren Lebensverhältnissen zu richten als auch "friedenszuträgliche innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Strukturen" gedanklich vorzubereiten.[130] Auch Johan Galtung setzt sich für ein "struktur/kulturorientiertes Denken" als Schritt auf dem Weg zu einer "Politik der Veränderung falscher Strukturen und aggressiver Kulturen" ein.[131] Es liegt deshalb nahe, die Friedensforschung auf die ökonomiekritischen Denkansätze von Silvio Gesell aufmerksam zu machen und in einem Dialog mit ihr zu überprüfen, was sie zu einer "Politik der Veränderung falscher Strukturen" beitragen könnten. Gewiss ist Gesells Werk mehr als 70 Jahre nach seiner Entstehung in mancher Hinsicht veraltet und bedarf der kritischen Aufarbeitung. Doch sein ökonomischer und friedenspolitischer Kern wäre es wert, gemeinsam mit der Friedensforschung und mit der Friedensbewegung aktualisiert und weiterentwickelt zu werden – zumal auch pazifistische Organisationen wie die Deutsche Friedensgesellschaft und der Versöhnungsbund erklärtermaßen das Ziel haben, die "Ursachen gesellschaftlicher und ökonomischer Gewaltverhältnisse zu erkennen" und durch "die Verwirklichung von politischer, sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit auf der ganzen Welt" zum Frieden zu gelangen.[132]

Ein Dialog zwischen der Friedensbewegung, der Friedensforschung, der Boden- und Geldreformbewegung und friedenspolitisch engagierten Ökonomen könnte für alle Beteiligten zur Chance werden, aus jener Defensive herauszukommen, in die sie mit ihrem Leitbild "Frieden schaffen ohne Waffen" von all jenen politischen Kräften gedrängt wurden, die sogenannte "humanitäre Kriege" für unvermeidbar halten. Gemeinsam könnten sie "friedenszuträgliche innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Strukturen" (Senghaas) gedanklich vorbereiten und zum Beispiel in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die weitere Öffnung des Militärs für Frauen deutlich machen, dass die

---

130 Dieter Senghaas im Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Buch "Frieden schaffen", Frankfurt 1997, S. 11. – Ders., Kernfragen für die Friedensforschung der neunziger Jahre, in: Politische Vierteljahresschrift Nr. 3/1992, S.455–462. – Ders., Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem. Frankfurt 1995.

131 Johan Galtung, Menschenrechte – anders gesehen, Frankfurt 2. Auflage 1997, S. 209–211.

132 DFG-VK (Hg.), Für Frieden, Gerechtigkeit und eine menschenwürdige Zukunft – Grundsätze und Arbeit der DFG-VK, Velbert o.J. (1998 oder 1999). – Versöhnungsbund (Hg.), Versöhnung – Rundbrief Nr. 2/1998.

verfehlte 'Logik' der militarisierten Welt dadurch noch geradezu auf die Spitze getrieben würde. Nicht der gleichberechtigte Zugang für Männer und Frauen zu den Waffen kann ein erstrebenswertes Ziel der Politik sein, sondern der gleichberechtigte Zugang für beide Geschlechter zum Boden mitsamt seinen Schätzen und zum Geld – zu jenen beiden Gemeinschaftsgütern also, die die elementarsten Grundlagen für ein Leben in einer Welt ohne Waffen und ohne patriarchale Geschlechterhierarchie bilden.[133]

Ebenso notwendig wären ein Frühwarnsystem, das rechtzeitig erkennt, wo die "Decken der Zivilisation reissen" könnten; desweiteren wirtschaftspolitische Konzepte zur Stabilisierung von Krisenregionen und zur Verhütung von Gewaltausbrüchen; schließlich auch Entwürfe von Nachkriegsordnungen für Länder wie Bosnien und Kosovo, die deren Kolonialisierung vermeiden. Die Bemühungen der Vereinten Nationen, dort demokratische, rechtsstaatliche Strukturen mit einer entsprechenden Gerichtsbarkeit und Verwaltung zu schaffen, sollten durch eine den Frieden fördernde Ordnung des Bodenrechts und des Geldwesens unterstützt werden, die nicht – wie im Kosovo geschehen – den Dollar und die DM zu neuen Zahlungsmitteln erklärt. Nur am Rande sei erwähnt, daß Gesell in den 20er Jahren schon einmal die Schaffung einer "Osteuropäischen Valuta-Assoziation" mit Sitz in Belgrad als Vorstufe einer neuen Weltwährungsordnung erwogen hat.[134]

Der gegenwärtige auf Hochtouren laufende globale Wirtschaftskrieg um rentable Standorte für das Kapital im allgemeinen und die höchst komplizierte Lage auf dem Balkan machen bei alledem deutlich, wie weit der Weg zu einem wirklich gerechten Frieden auch 'nach' dem Krieg noch ist und welch langer Atem auf diesem Weg noch nötig sein wird. Der Frieden ist noch ein Fernziel; und bei seiner gedanklichen Vorbereitung darf nicht vergessen werden, dass die ungerechten und Gewalt erzeugenden weltwirtschaftlichen Strukturen vorläufig noch fortbestehen und weitere, potenziell militärisch eskalierende Konflikte hervorbringen werden. Das Fernziel Frieden dürfte nur erreichbar sein, wenn auf dem langen Weg bis dahin ein – wie es Christof Ziemer nennt – "prophetischer und ein weisheitlicher Pazifismus" Hand in Hand gehen, d.h. wenn die Friedensbewegung der bestehenden Welt der Gewalt die Utopie einer zukünftigen gerechteren gewaltfreien Welt gegenüberstellt und wenn sie zugleich in kleinen Schritten – ähnlich dem fairen Handel, den Tauschringen und Alternativbanken in der Wirtschaft – auf das große Ziel zugeht und zeichenhaft handelt. Solche kleinen Schritte können

133 Über Zusammenhänge zwischen Gewalt und Patriarchat vgl. Claudia von Werlhof, Wie kommt es zum heissen Frieden und zur herrschaftsfreien Demokratie?, in: Schlaininger Schriften zur Friedens- und Konfliktforschung Band 1, Wien 1998, S. 163–184. – Zur Haltung der Militärökonomie gegenüber Frauen als Soldatinnen vgl. Ekkehard Lippert, Frauen als Soldaten, in: Günter Kirchhoff, Handbuch der Ökonomie der Verteidigungspolitik (wie Anm. 14), S. 271–275.

134 Zur DM im Kosovo vgl. die Süddeutsche Zeitung vom 4./5. 9. 1999. – Heinz-Christian Hafke, Mark und Pfennig im Kosovo, in: Börsen-Zeitung vom 11. 9. 1999. – Gesell, Osteuropäische Valuta-Assoziation, in: SGW Band 17, S. 278–282.

eine Friedenserziehung ohne Kriegsspielzeug und ohne Gewalt in den Medien ebenso sein wie die Förderung des interkulturellen/interreligiösen Dialogs, die Ächtung von Landminen und von Rüstungsgeschäften, die Kriegsdienstverweigerung und die Friedenssteuer, der Einsatz für Abrüstung und Rüstungskonversion sowie gewaltlos-humanitäre Hilfen und nicht zuletzt zivile Friedensdienste. "Der prophetische Pazifismus geht von dem aus, was sein soll. ... Der weisheitliche Pazifismus geht von dem aus, was ist. ... Die Stärke des weisheitlichen Pazifismus ist seine Wirklichkeitsnähe; seine Gefahr ist, dass die Alternative nicht mehr deutlich wird. Die Stärke des prophetischen Pazifismus ist seine Deutlichkeit; seine Gefahr ist, dass er ideologisch wird, manchmal auch rechthaberisch, selbstgerecht. Beide Weisen des Pazifismus brauchen einander." [135]

"Handeln statt Gewalt"

Katalog zur Ausstellung "Ziviler Friedensdienst"

"Was in unserer Gesellschaft fehlt, ist das verbreitete Wissen um die Möglichkeiten, deeskalierend und gewaltmindernd, versöhnend und unterstützend in Konflikten zu handeln. Dazu bedarf es professioneller Unterstützung durch eigens dafür ausgebildete Friedensfachkräfte. Wir fordern einen in der Gesellschaft verankerten, gesetzlich abgesicherten, staatlich geförderten und international eingebundenen Zivilen Friedensdienst."

Auszug aus der "Berliner Erklärung für Zivilen Friedensdienst" – zu ihren MitunterzeichnerInnen gehören Hans Koschnik, Carl-Friedrich von Weizsäcker, Hildegard Hamm-Brücher, Dorothee Sölle, Franz Alt, Johan Galtung, Maria Jepsen, Christa Wolf und Helmut Simon.

Der Katalog ist für 7 DM plus Porto und Versand erhältlich beim
Forum Ziviler Friedensdienst, Wesselstr. 12, 53113 Bonn
Tel.: 0228-981 4515 - Fax: 0228-981 4517
E-mail: forum ZFD@t-online.de
Die in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung entstandene Ausstellung umfasst 10 farbige Tafeln im Format DIN A 0 (ca. 85 x 120 cm) und kann für mind. 250 DM pro Woche plus Transportkosten beim Forum entliehen werden.

135 Christof Ziemer, Pazifismus vor der Wirklichkeit, in: Publik Forum Nr. 16/1999, S. 30-31. - Vgl. auch den Beitrag von Andreas Buro über die gegenwärtige Lage der Friedensbewegung in: Ansgar Klein, Hans-Jörg Legrand, Thomas Leif (Hg.), Neue soziale Bewegungen - Impulse, Bilanzen, Perspektiven. Opladen 1999, S. 225-236. - Andreas Buro, Friedensbewegung - ein Blick zurück nach vorn, in: Junge Kirche Nr. 2/2000, S. 84-91.